

Zu allem fähig - zu nichts zu gebrauchen?

**Berliner Politologen auf dem Arbeitsmarkt
Verbleibsuntersuchung der
Absolventenjahrgänge
1979 bis 1986**

Joachim Fiebelkorn, Uwe Köhler, Thomas Schramm

Berlin 1989

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Zur „Soziologie“ der Absolventen	6
3	Warum und wie Politikwissenschaft studieren?	8
4	Tätigkeiten und Beschäftigungsbereiche	10
4.1	Tätigkeiten	10
4.2	Beschäftigungsbereiche	12
5	Der arbeitsrechtliche Status	15
5.1	Zur Beschäftigungssituation der Angestellten	16
6	Politologen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems	21
6.1	Die Grauzone des Arbeitsmarkts	23
6.1.1	Medien	26
6.1.2	Private Dienstleistungen	27
6.2	Weiterqualifikation als Strategie gegen Erwerbslosigkeit	28
6.3	Erwerbslosigkeit	31
7	Zur Typologie der Absolventen	33
7.1	Konstruktion der Verbleibsgruppen	33
7.2	Gesamtübersicht	34
7.3	Verbleibsgruppen im traditionellen Beschäftigungssystem	34
7.4	Verbleibsgruppen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems	36
7.5	Die Selbständigen als Sonderfall	37
8	Wege zur Berufsfindung	37
9	Resümee	40
10	Änderungen gegenüber der Vorgängerstudie	42
	Index	47

Tabellenverzeichnis

1	Übersicht der Tätigkeiten	11
2	Übersicht der Beschäftigungsbereiche	12
3	Der arbeitsrechtliche Status	17
4	Nettoeinkommen	18
5	Nettoeinkommen Angestellte (Vollzeit, unbefristet)	20
6	Verbleibsformen jenseits des traditionellen Arbeitsmarkts	23
7	Grundlagen der Erwerbstätigkeiten in der Grauzone des Arbeitsmarkts	26
8	Einkommen in der Grauzone des Arbeitsmarkts	28
9	Zusätzliche Fort- und Weiterqualifikation	29
10	Ausbildungsmotive der Absolventen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems	31
11	Erwerbslose	32
12	Die Verbleibsgruppen im traditionellen Beschäftigungssystem	35
13	Stelle erhalten über	37
14	Berufseinfädelerung nach Beschäftigungsbereichen	39
15	Vergleich der Formen qualitativer und quantitativer Beschäftigung und der Formen der Erwerbslosigkeit	43

Abbildungsverzeichnis

1	Beschäftigungsbereiche Erwerbstätige (mit/ohne Arbeitsvertrag)	14
2	Beschäftigungsbereiche für Erwerbstätige (mit Arbeitsvertrag)	14
3	Übersicht der Angestelltengruppen	19
4	Konstruktion der Verbleibsgruppen	33

1 Einleitung

„Politologen - zu allem fähig, zu nichts zu gebrauchen!“ So oder ähnlich scheint ein Vorurteil verbreitet zu sein, das Politikwissenschaft entweder als „brotlose Kunst“ ansieht oder künftigen Absolventen dieser Fachrichtung generell die Arbeitslosigkeit vorhersagt. So wurde gemeldet, daß „nicht einmal jeder tausendste (Politologe) mit einer Beschäftigung rechnen kann“.¹

In der Tat stellt „die in den 80er und 90er Jahren stark zunehmende Zahl von Hochschulabsolventen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik (...) vor große Herausforderungen“². Nach Berechnungen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit stieg 1987 die Zahl der arbeitslosen Männer mit Universitätsabschluß um 10% und die der arbeitslosen Frauen um 12%. Die Arbeitslosigkeit bei männlichen Fachhochschulabsolventen stieg um 11% und die der weiblichen FH-Absolventen um 2%³. Für das Jahr 1987 wird daher von einer Gesamtzahl von 129.500 arbeitslosen Akademikern ausgegangen.⁴ Zwar liegt die Arbeitslosenquote bei Hochschulabsolventen immer noch unter dem Gesamtdurchschnitt⁵, doch hält der Trend zu steigender Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen, verbunden mit sich weiter verschlechternden Berufsaussichten junger Akademiker, an.⁶ Sozial- und Politikwissenschaftler sind davon in besonderem Maße betroffen. Die offiziellen fachrichtungsspezifischen Arbeitslosenquoten geben kein genaues Bild über die Beschäftigungsprobleme der Absolventen, da „der statistische Erfassungsgrad aller Politologen (...) eher niedrig zu veranschlagen ist“⁷, und offene Stellen in der Regel nicht dem Arbeitsamt gemeldet werden.⁸

Modellberechnungen, die auf das Arbeitslosigkeitsrisiko bzw. das Zugangsrisiko zur Arbeitslosigkeit abstellen⁹, signalisieren einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosenquote für Politologen. Nach Baethge¹⁰ veränderte sich das Zugangsrisiko für Politik- und Sozialwissenschaftler zwischen 1976 und 1983 von 25,1% auf 37,5%.¹¹

Parallel zum Anstieg der Akademikerarbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre ist gleichzei-

¹ vgl. (Müller-Merbach, 1988)

² vgl. (Hegelheimer, 1985), S.23

³ vgl. (Bundesanstalt für Arbeit, 1988), S. 803

⁴ Die Zahl arbeitsloser Akademiker stieg 1988 um etwa weitere 10.000 auf insgesamt 138.869 an. Vgl. Tagesspiegel, 6.4.89

⁵ Die Arbeitslosenquote lag 1985 bei etwa 5% bei Erwerbspersonen mit FH-Abschluß und 6% bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen, Gesamtdurchschnitt etwa 9,3%, vgl. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), 1988), S.133

⁶ In der Tendenz gleichen sich die Arbeitslosenquoten von Akademikern und Erwerbspersonen mit Berufsabschluß offensichtlich an: Die Bundesanstalt für Arbeit berichtet für 1987 von einem „überproportionalen“ Anstieg der Arbeitslosenquote von Akademikern. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 1986 auf 1987 insgesamt um 3%, die der Akademiker um 10%, vgl. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), 1988), S. 803

⁷ vgl. (Baethge, 1986a) S.28

⁸ Die Besetzung von Stellen beispielsweise im Hochschulbereich erfolgt in der Regel über öffentliche Ausschreibungen, die Besetzung von ABM-Stellen hingegen ist nur über das Arbeitsamt möglich.

⁹ Gemessen als Verhältnis des Anstiegs der Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres geteilt durch die Anzahl der Absolventen eines Jahres (in %), vgl. (Baethge, 1986b) S. 29

¹⁰ (Baethge, 1986b)

¹¹ Gesonderte Berechnungen für Politologen liegen nicht vor.

tig feststellbar, daß sich ein zunehmender Anteil von Akademikern unterhalb traditionell geregelter Beschäftigungsverhältnisse „durchwursteln“ muß. Zu diesen als „Grauzonentätigkeiten“ bezeichneten Arbeitsverhältnissen zählen „sowohl die aus der Not der Arbeitsmarktlage geborenen und wachsenden Bereiche der abhängigen Teilbeschäftigung in Zeitverträgen, Teilzeitarbeitsverhältnisse, geringfügiger Beschäftigung, Honorarbeziehungen, Werkverträgen, Projekten usw.“, aber auch „solche Formen unstetiger Einkommenserzielung, die eher freiwillig (oder in dem Bestreben, aus der Not eine Tugend zu machen) als primäre Verwirklichung persönlicher Autonomie zu Lasten eines hohen, sicheren und steigenden Lebensstandards gewählt werden“.¹² Über die hier zum Ausdruck kommende Vermutung nach neuartigen Erwerbsorientierungen von Hochschulabsolventen ist zu fragen, ob es sich bei diesen Grauzonenbeschäftigungen nicht in erster Linie um Reaktionen auf die insgesamt schwierigere Arbeitsmarktlage handelt. Amtliche Statistiken geben zu Größe und Struktur des Grauen Arbeitsmarkts keine Auskunft.

Zumindest die vorangegangene Untersuchung zum beruflichen Verbleib der Politologen¹³ bestätigt die Existenz dieses Grauen Arbeitsmarktes. Für Ebbig u.a. und Grün gilt als „entscheidendes Definitionskriterium des Grauen Markts das Nicht-Vorhandensein von institutioneller Absicherung“¹⁴, Arbeitsverhältnissen also, „der ganz unterschiedliche Kombinationen von teildäquater Beschäftigung/Jobben, Werkvertrag/Arbeitslosigkeit, Honorarvertrag und Arbeit im alternativen Projekt u.a.m. (...) in unterschiedlichen Formen qualitativer und/oder quantitativer Unterbeschäftigung“¹⁵ zuzurechnen sind.

Da Ebbighausen u.a. und Grün den Arbeitsmarkt für Politologen untersuchen, können sie nur feststellen, daß sich außerdem noch eine beträchtliche Anzahl von Absolventen (18%) in weiteren Aus-, Fort- und Weiterbildungsverhältnissen befindet. Das Verhältnis dieser zusätzlichen Qualifikationen zum Arbeitsmarkt wird nicht untersucht. Es wird aber generell festgestellt, daß die „genaue Abgrenzung und inhaltliche Füllung“¹⁶ des Grauen Marktes noch der Erarbeitung bedarf.

Vor diesem Hintergrund wurde am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin die nunmehr vierte¹⁷ empirische Untersuchung über den beruflichen Verbleib der Absolventen des Otto-Suhr-Instituts durchgeführt. Sie erfaßt die Diplomjahrgänge von 1979 bis 1986. Die Absolventen wurden im Mai 1987 schriftlich befragt. Trotz eines sehr langen Fragebogens (80 Fragen auf 25 Seiten) war die Rücklaufquote überraschend hoch, zumal diese Befragung zeitlich parallel zur Volkszählung verlief. Von 864 aus der Diplomandenkartei ermittelten Adressen von Absolventen¹⁸ erhielten wir 492 Fragebögen zurück, von denen wiederum 485 auswertbar waren. Somit beträgt die Rücklaufquote 56,1%. Systematische Abweichungen kann-

¹² vgl. (Mertens, 1980), S. 151.

¹³ vgl. (Ebbighausen u.a., 1983), (Grün, 1984).

¹⁴ (Ebbighausen u.a., 1983), S. 120, (Grün, 1984) S.190.

¹⁵ (Ebbighausen u.a., 1983), S.125 f.

¹⁶ Ebenda, S. 121.

¹⁷ (Hartung, 1970); (Rentropp, 1978); (Frerk, 1981); (Ebbighausen u.a., 1983); (Grün, 1984).

¹⁸ Die Gesamtzahl betrug 884 Absolventen.

ten nicht festgestellt werden.¹⁹ Gleichwohl ist auf Grund der Erfahrungen der Vorgängerstudien zu vermuten, daß zwei Gruppen von Absolventen unterrepräsentiert sind, die sich beide auf unterschiedliche Weise vom Studium entfernt haben: die einen, die mit dem Studium gebrochen haben, sich möglicherweise umorientierten und deshalb von dieser Untersuchung nichts wissen wollten und diejenigen, die in der Zwischenzeit Karriere machten und keine Zeit fanden, den Fragebogen auszufüllen oder bei denen sich eine gewisse Distanz zum wenig „prestigeträchtigen“ Politikstudium entwickelt hat.²⁰

Über die quantitative Untersuchung der Absolventen hinaus wurden auch Interviews mit Absolventen geführt.²¹ Ganz allgemein sollte in ihnen eine Vertiefung der in der Befragung gewonnenen Informationen erreicht werden. Darüberhinaus sollten die Berufsvorstellungen der Absolventen, deren Modifizierung und Realisierung, eventuell neu gewonnene Lebenskonzepte und die Erfahrungen mit Arbeit und Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt stehen. Die Bereitschaft zum Gespräch war unerwartet hoch. Mehr als 60% der Absolventen, die den Fragebogen zurücksandten, erklärten sich zu einem Interview bereit.²²

Die Studie fragt zunächst danach, inwieweit es den Politologen gelang, trotz zunehmender Akademikerarbeitslosigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, welche konkreten Tätigkeiten sie ausüben und in welchen Beschäftigungsbereichen sie tätig sind. Dann wird der Versuch unternommen, über eine qualitative Untersuchung der Arbeitsverhältnisse nach arbeitsrechtlichem Status, Befristung der Arbeitsverträge und dem inhaltlichen Bezug zum Studium hinaus zu einer näheren Bestimmung des traditionellen Arbeitsmarkts und zu einer noch weitergehenden inhaltlichen Ausfüllung der „Grauzone des Arbeitsmarkts“ zu gelangen.

2 Zur „Soziologie“ der Absolventen

Wer hat sich in den 70er Jahren überhaupt entschlossen, angesichts vermeintlich unwirtlicher Berufschancen Politikwissenschaft zu studieren? Sind es eher Männer oder eher Frauen? Wieviele Semester werden bis zum Abschluß durchschnittlich benötigt? Wie viele Absolventen wohnen noch am Studienort?

Frauen waren im Politikstudium, betrachtet man die bisherigen Verbleibsuntersuchungen, seit jeher unterrepräsentiert, aber ihr Anteil stieg kontinuierlich an. Im Zeitraum 1974-77 betrug der Frauenanteil lediglich 19,7%, stieg jedoch 1977/78-79 auf 24,7%. Für den untersuchten Zeitraum 1979-86 lag ihr Anteil bei 29,5%. Die letzten beiden von der Erhebung erfaßten Jahrgänge 1985/86 weisen einen Frauenanteil von immerhin 35% auf.

¹⁹ Bezogen auf die Verteilung der Jahrgänge und die Geschlechtsverteilung

²⁰ Vgl. (Hartung, 1970), S. 54 ff.; (Ebbighausen u.a., 1983), S. 116.

²¹ Die Interviews wurden von zwei Mitarbeiterinnen des Projekts durchgeführt. Dabei zeichneten sich im Verlauf der Arbeit unterschiedliche Erkenntnisinteressen ab, die in zwei Teilen (Kap. II.1 und II.2) zum Ausdruck kommen.

²² Die Absolventen konnten mit einer vom Fragebogen getrennt zurückgesandten Antwortpostkarte ihre Interviewbereitschaft erklären. Die Auswertung der anonymen schriftlichen Befragung und der Interviews erfolgte unabhängig voneinander.

Mehr als zwei Drittel der Absolventen haben den *Weg zur Hochschule* über das Abitur gefunden. Bei den *Politologinnen* ist der Anteil derer, die über den zweiten Bildungsweg die Hochschulreife erhielten, jedoch höher. Während 72% der Männer über das Abitur zum Politikstudium gelangten, waren es bei den Frauen nur 63%. Mehr als ein Drittel aller Frauen erreichte somit die Studienberechtigung über Fachhochschule, Abendgymnasium, Begabtenabitur bzw. Kolleg gegenüber einem Viertel der männlichen Befragten. An der geschlechtsspezifischen Verteilung der Zugangsberechtigung zum Hochschulstudium hat sich seit der letzten Verbleibsuntersuchung dennoch wenig geändert.

Relativ viele Befragte waren vor dem Studium berufstätig (34%), insgesamt 23% hatten eine *Lehre* absolviert, wobei Frauen jeweils einen höheren Anteil haben.

Nicht alle Absolventen hatten Politikwissenschaft als erstes und einziges Studienfach belegt. So hatten sich 39% der Absolventen zunächst für ein anderes Fach bzw. für einen anderen Abschluß immatrikuliert. Neben solchen, die vorher Naturwissenschaften, Geschichte und Jura studiert hatten, waren es vor allem ursprüngliche Lehramtsstudenten/innen mit dem Studienfach Sozialkunde, die in der Regel nach 2 bis 4 Semestern einen Fachwechsel bzw. eine Umorientierung vornahmen. Ein kleinerer Teil (N=19) fuhr dabei zweigleisig und absolvierte parallel zur Diplomprüfung das Staatsexamen.

Neben dem Diplom erreichten etwa 25% einen *weiteren wissenschaftlichen Abschluß*. Dabei hatten durch einen Fachhochschulabschluß hauptsächlich vor dem Politikstudium 31 Befragte eine zusätzliche Qualifikation, 30 bereiteten sich während des Politikstudiums auf ein Staatsexamen vor, 18 Befragte legten eine Diplomprüfung in einem anderen Fach ab und 14 eine Magisterprüfung. Weitere 26 Befragte hatten ihre Promotion bereits abgeschlossen. 57 Befragte gaben an, zum Zeitpunkt der Erhebung an einer Promotion zu arbeiten.²³

Das verbreitete Vorurteil, Geisteswissenschaftler studierten unendlich lang und wären beim Eintritt in das Berufsleben bereits jenseits der Dreißig, kann, zumindest für die Berliner Politologen, nicht bestätigt werden. Die Semesterzahl bis zum Diplom betrug durchschnittlich 11,7 Fach- und 13,4 Hochschulsemester. Gemessen an der Studiendauer in einigen anderen Studienfächern liegen diese Zahlen relativ niedrig. Einige unserer Absolventen erklärten im Interview ihr Motiv, möglichst zügig Diplom zu machen, als Reaktion auf die als resignativ empfundene Atmosphäre unter den Studenten am Institut.

„Das war was Merkwürdiges. Zum einen, diese Perspektivlosigkeit hab ich wohl gesehen, aber zum anderen auch die Kultivierung dieser Perspektivlosigkeit. Man hängt und trauert und zieht sich gegenseitig runter. Und das hat mich dann auch bewogen, relativ schnell einen Schlußstrich zu ziehen. Zumal das auch nicht so'n Streß gewesen ist, das Ding zu Ende zu führen. Ich dachte, hängt du noch drei Semester dran und das war's dann“.²⁴

²³ Vgl. Kapitel 5.2.

²⁴ Dies und die folgenden Zitate stammen aus Interviews, die mit Absolventen des Fachbereichs Politische Wissenschaft der FU Berlin geführt wurden (Vgl. hierzu Teil II).

Warum und wie Politikwissenschaft studieren?

Die wenig ermutigende Arbeitsmarktlage, die die Absolventen erwartet, verführt also keineswegs immer dazu (wie ein gängiges Klischee behauptet), unnötig lange an der Universität zu verweilen:

„Ich hab einfach gesehen, ich vertrödel da nur meine Zeit. Ich kannte Leute im 13., 14. Semester, die haben sich immer furchtbar darum gedrückt, das Diplom zu machen, also da endlich mal'n Punkt zu setzen. Ich weiß nicht, ob die so Angst hatten, Diplom zu machen, ich glaube nicht. Ich glaube, sie hatten Angst vor dem, was danach kommt. Immer dieses Hinausschieben, das war mir ein Graus, das konnte ich nicht.“

Der Anteil derer, die *nach dem Diplom in die Bundesrepublik übersiedelten*, liegt bei 22,5%. Dies deutet darauf hin, daß ein relativ großer Anteil derjenigen, die aus der Bundesrepublik nach Berlin kamen, um Politikwissenschaft zu studieren, nach dem Diplom in Berlin sesshaft geworden ist. Angesichts der ständig steigenden Zahl von Studienanfängern im Fach Politikwissenschaft kann dies für eine spätere Berufseinfädung, angesichts der „Insellage“ Berlins, problematisch werden.

3 Warum und wie Politikwissenschaft studieren?

Der Funktion des Studiums kommt bei der rückblickenden Beurteilung eine besondere Bedeutung zu. Das Studium diente für die meisten Befragten keineswegs als „Durchlauferhitzer“ zu einer späteren angemessenen Position im Erwerbsleben. Rückblickend auf das Studium wurde die Vorstellung einer späteren Berufstätigkeit eher vage formuliert:

„Ich dachte, vielleicht irgendwas mit Medien oder so ...“

„Am Anfang (...) war das mehr interessehalber, ohne konkrete Berufsperspektive, so wie überhaupt Verwertungsinteresse bei mir ganz hintangestellt war.“

Als Gründe für die Aufnahme dieses Studienfachs wurde sehr häufig das Interesse an politischen und sozialen Themen während der Schulzeit oder einer der familialen Sozialisation gegenläufige politische Sozialisation der Absolventen genannt. Die berufliche Perspektive lag dabei vielfach außerhalb des Blickfelds. Auch der damaligen innenpolitischen Situation wird häufig prägende Wirkung zugeschrieben:

„Für mich war klar, daß ich Politik studieren wollte. Es war halt so die politische Situation damals, Ende der 70er Jahre, und da war das für mich gar keine Frage. Hab das auch bisher nicht bereut, obwohl ich damit keinen Job gekriegt habe.“

Die Entscheidung für Studienberechtigte aus der Bundesrepublik, das Politikstudium in Berlin aufzunehmen, lag einerseits an der zunehmenden Attraktivität der Stadt selbst. Darüberhinaus mag bei der Entscheidung auch der Nimbus, der dem Institut und seinen Repräsentanten anhing, mit eine Rolle gespielt haben:

„Dann gab’s hier am OSI auch ein paar Namen, die ich spannend fand, und so kam das dann.“

Befragt nach der Anlage des Hauptstudiums hielt nur ein Fünftel der Absolventen eine kurze Studiendauer, den Erwerb berufsorientierter Qualifikationen oder die Orientierung auf ein spezielles Berufsfeld für die Studiengestaltung wichtig.²⁵ Die Mehrzahl wollte dagegen besonders den Stellenwert des Studiums - frei von Verwertungszusammenhängen²⁶ - betonen (60%) und sich flexibel für unterschiedliche Berufsfelder qualifizieren (34%). Die Entscheidung für das Politikstudium gründete sich demnach nicht unbedingt auf zukünftige Berufsaussichten nach dem Diplom; entscheidend war das inhaltliche Interesse an diesem Studium selbst.

Als studentische Hilfskräfte arbeiteten während ihres Studiums insgesamt 20%.²⁷ Ein außeruniversitäres Praktikum absolvierten, bedingt durch die veränderte Studienordnung in den 80er Jahren, 50%.²⁸ Bei insgesamt 9% erstreckte sich das Praktikum auf über ein Jahr, was die Vermutung zuläßt, daß hier auch nach dem Ende des Praktikums der Kontakt zu diesen Institutionen nicht abgerissen ist.

Im Laufe ihres Studiums wirkten 19% in Hochschulgremien mit, insgesamt 30% waren Mitglied einer hochschulpolitischen Gruppe.²⁹ In Bürgerinitiativen, gemeinnützigen Organisationen, Frauen- und Alternativprojekten beteiligten sich 36%. Insbesondere Politologinnen waren in außeruniversitären Projekten stärker vertreten.

Rückblickend hatten viele Absolventen während des Studiums eher vage Vorstellungen von einer späteren Berufstätigkeit. Zwar hatten 41% hinsichtlich des zukünftigen Beschäftigungsbereichs eine feste Vorstellung, jedoch konnten sich nur 26% eine konkrete Berufstätigkeit dort vorstellen. Über die Höhe eines später zu erzielenden Gehalts hatten nur 12% eine feste Vorstellung. So lagen die Präferenzen hinsichtlich der Arbeitsbereiche auch nur bei wenigen allgemeinen Schwerpunkten: Die größte Anzahl der Befragten konnte sich eine Tätigkeit im Forschungsbereich vorstellen (N=180), in der Publizistik (N=161) sowie in der Bildungs- und Fortbildungsarbeit (N=110).³⁰ Immerhin gaben fast 50% an, ihre Vorstellungen entweder völlig oder zumindest teilweise realisiert zu haben. Dieser hohe Grad an Übereinstimmung zwischen den ursprünglichen und den realisierten Vorstellungen konnte allerdings an Hand der Untersuchung nicht nachvollzogen werden.

²⁵ Mehrfachantworten waren möglich

²⁶ So die Formulierung im Fragebogen.

²⁷ Zur Problematik der Studienfinanzierung können wir nur eingeschränkt Aussagen machen. immerhin läßt sich feststellen, daß ein Viertel der Absolventen einer studienbegleitenden Berufstätigkeit nachging. Insgesamt gaben 67% der Absolventen an, Gelegenheitsarbeiten während des Studiums ausgeübt zu haben.

²⁸ Seit Mitte der 80er Jahre ist die Absolvierung eines solchen Praktikums, das auf die zukünftige Berufstätigkeit vorbereitet, vorgeschrieben.

²⁹ Kumulierte Prozentangaben. Dies Ergebnis steht im Gegensatz zu den Erfahrungen an der Hochschule selbst. Es wäre möglich, daß auch diejenigen, die nur sehr kurz in eine dieser Institutionen „hineinschnupperten“, diese Aktivitäten für sich reklamierten.

³⁰ Mehrfachantworten waren möglich.

Tätigkeiten und Beschäftigungsbereiche

Auf die Frage, welche Pläne beim Studienende bestanden, gaben 42% an, eine Promotion in Angriff nehmen zu wollen, 39% wollten ein fachadäquate Berufsanstellung aufnehmen. 32% wollten zunächst mal einen Job zur Einkommenssicherung annehmen und 29% wollten politisch arbeiten.³¹

Insgesamt zeigt sich ein sehr ambivalentes Verhältnis zwischen Plänen einerseits und den perspektivischen Möglichkeiten andererseits. Zum Ausdruck kommt dabei eher eine Mischung aus Unsicherheit und Hilflosigkeit nach dem Diplom, teilweise auch eine etwas verklärte Rückschau auf die Situation am Ende des Studiums.

4 Tätigkeiten und Beschäftigungsbereiche

4.1 Tätigkeiten

Traditionell geht man davon aus, daß Politologen hauptsächlich als Referenten, Sekretäre oder wissenschaftliche Mitarbeiter arbeiten. Tatsächlich sind die Tätigkeiten sehr viel breiter gestreut. Die *Tabelle 1* zeigt hierzu eine allgemeine Übersicht, in der auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse Berücksichtigung fanden.

Tätigkeit	Anzahl	davon unbefristet angestellt
Redakteure/Journalisten	68	23
Wiss. Mitarbeiter/Angestellte (Uni/Forschung, Verwaltung)	66	9
Erzieher, Familienhelfer (Verbände, Kirche, Sozialberuf.)	31	16
Referenten/Sekretäre (Verwaltung/ Verbände)	30	17
Erwachsenenbildner (Gewerkschaft, Verbände)	21	5
Verwaltungsangestellte (Verbände, Öfftl. Verwaltung)	21	7
EDV-Berufe (Industrie, Priv. Dienstleist.)	20	17
Taxifahrer	15	-
Kaufmännische Berufe	15	7

Fortsetzung S. 11

³¹ Mehrere Antwortmöglichkeiten. Ob diese Pläne tatsächlich realisiert werden konnten, darüber kann nur eine bedingte Aussage gemacht werden, da eine entsprechende Frage zu wenig beantwortet wurde. Berücksichtigt man dies, überwiegt in den Antworten zunächst der Job zur Einkommenssicherung (34%), danach die Fortsetzung politischer Arbeit (25%), die Aufnahme einer fachadäquaten Berufsanstellung (20%) sowie die Promotion bzw. das Promotionsvorhaben (15%).

Tätigkeiten und Beschäftigungsbereiche
Tätigkeiten

Fortsetzung von S. 10 Tätigkeit	Anzahl	davon unbefristet angestellt
<i>(Versicherung, Verwaltung)</i>		
Lehr-, Honorarauftrag	13	-
Praktikum, Promotion	12	-
Gelegenheitsarbeiten	11	3
Marketing-Berufe	11	6
<i>(Unternehmensberatung, Werbung)</i>		
Geschäftsführer	9	6
<i>(Verbände, Priv. Dienstleist.)</i>		
Lehrer	7	4
Kulturarbeiter	7	1
<i>(Verwaltung: Bezirksarbeit)</i>		
Öffentlichkeitsarbeit	6	2
<i>(PR-Arbeit, Pressestellen)</i>		
Handwerklich Tätige	6	1
<i>(Schlosser, Schreiner, Industrie)</i>		
Projektorganisation	5	2
<i>(Verwaltung, Priv. Dienstleist.)</i>		
Sachbearbeiter	5	4
<i>(Versicherung, Verwaltung)</i>		
Dolmetscher	5	0
Archiv/Dokumentation	5	2
Baugewerbe	5	1
<i>(Architekten)</i>		
Lektoren	5	3
<i>(Uni, Verlage)</i>		
Krankenpfleger/Heilpraktiker	4	2
Rechtsberufe	4	-
<i>(Referendare, Rechtsanwälte)</i>		
Psychologen	2	-
Keine Angabe	1	
Insgesamt	410	138

Tabelle 1: Übersicht der Tätigkeiten

Den Schwerpunkt bilden dabei die journalistischen Tätigkeiten (N=68) sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiter- und Angestelltentätigkeiten (N=66), womit ein Drittel aller erwerbstätigen Absolventen einer dieser Tätigkeiten nachgeht. Erzieher und Familienhelfer (N=31) sowie Se-

Tätigkeiten und Beschäftigungsbereiche
Beschäftigungsbereiche

ketäre und Referenten (N=30) bilden die nächsten Schwerpunkte vor Erwachsenenbildnern (N=21), Verwaltungsangestellten (N=21) und den EDV-Berufen (N=20). Die übrigen (N=184) verteilen sich auf weitere 21 unterschiedliche Tätigkeitsgruppen.

4.2 Beschäftigungsbereiche

Die Tabelle 1 zeigt, neben einigen Schwerpunkten, eine recht breite Streuung der tatsächlich ausgeübten Berufstätigkeiten. Wie verteilen sich nun die sehr unterschiedlichen Tätigkeiten auf die Beschäftigungsbereiche? Wo sind befristete Arbeitsverhältnisse häufig anzutreffen und in welchen Bereichen ist eine „freie Mitarbeit“ besonders ausgeprägt?

	Anzahl	in %
Universität/Forschung	65	15,9
Medien	57	13,9
Private Dienstleistungen	55	13,4
Verwaltung	51	12,4
Sozialer Bereich	39	9,5
Verbände	33	8,0
Industrie	19	4,6
Stiftungen	13	3,2
Parteien	10	2,4
Handel	10	2,4
Freizeit/Infrastruktur	8	2,0
Gewerkschaften	8	2,0
Verlage	6	1,5
Kirche	6	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	6	1,5
Mehrere Bereiche	9	2,2
Sonstige	10	2,4
Keine Angabe	5	1,2
Insgesamt:	410	

Tabelle 2: Übersicht der Beschäftigungsbereiche

Die *Tabelle 2* gibt zunächst eine Übersicht der Beschäftigungsbereiche. Nach wie vor ist das Absorbationspotential des Forschungsbereichs sehr hoch, wobei man berücksichtigen muß, daß wissenschaftliche Tätigkeiten im Universitäts- oder Forschungsbereich, relativ kurz nach dem Diplom, in der Regel entweder zeitlich befristet sind oder über Honorartätigkeiten und Werk-aufträge ausgeübt werden. Bemerkenswert ist ebenfalls der Anteil an Absolventen in der Verwaltung. Entgegen der allgemeinen Meinung, es gäbe für Politologen keine Beschäftigungsmöglich-

keiten im öffentlichen Dienst mehr, ist es doch beachtlich vielen gelungen, in diesem Bereich Fuß zu fassen. Der Absolventenanteil im Medienbereich ist gegenüber der Vorgängerstudie gestiegen. Auch hier trifft es nicht zu, daß der journalistische Bereich „dicht“ ist. Demgegenüber haben Parteien und Gewerkschaften nach wie vor hinsichtlich einer späteren Berufstätigkeit nur eine eher geringe Bedeutung.³²

Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt bilden die Privaten Dienstleistungen. Hierin finden sich sowohl Betreiber von Versicherungsagenturen, Marketinggesellschaften, Mitarbeiter in EDV-Beratungsgesellschaften und Softwareunternehmen, diverse kaufmännischer Berufe sowie einige Taxifahrer, aber auch einige Gelegenheitsarbeiten. Der starke Anstieg dieses Bereichs deutet darauf hin, daß Politologen wegen der schwierigen Arbeitsmarktlage nach dem Studium eine Umorientierung hin zu teilweise „politikfremden“ Tätigkeiten vornehmen. Ebenfalls einen großen Anteil haben ebenfalls die sozialberuflichen Dienste. Darunter befinden sich Tätigkeiten in Schulen, Bildungseinrichtungen sowie therapeutische und soziale Dienste.

Bei einem durchschnittlichen Frauenanteil an der Gesamtzahl der Absolventen von 29,5% gibt es einige Bereiche, in denen Politologinnen häufiger vertreten sind. Dies ist in erster Linie der Sozialbereich, der einen Frauenanteil von 43,6% aufweist, die öffentliche Verwaltung sowie die Massenmedien mit jeweils 36%. Im Gegensatz dazu steht der Frauenanteil in der Industrie. 18 Absolventen steht hier lediglich eine Frau gegenüber. Bei den privaten Dienstleistungen beträgt der Frauenanteil nur 20%.

Bei der Übersichtsdarstellung der Bereiche können nur für zwei eindeutige Tätigkeitsbeschreibungen zugeordnet werden. Im Universitäts- und Forschungsbereich sind es überwiegend die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Angestellten und im Medienbereich die Redakteure und Journalisten. Alle übrigen Bereiche weisen eine sehr vielschichtige Tätigkeitsstruktur auf. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung arbeiten beispielsweise neben 8 Wissenschaftlichen Mitarbeitern und 8 Referenten noch 10 Verwaltungsangestellte, 2 Redakteure in Pressestellen sowie 7 höhere Angestellte. Die übrigen sind als Dolmetscher, Erwachsenenbildner usw. tätig. Im Bereich der Verbände sind Politologen als Referenten und Sekretäre, in der Erwachsenenbildung, als Geschäftsführer und als Redakteure beschäftigt.

Wie groß ist nun der Umfang ungeschützter Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Bereichen? *Abbildung 1* zeigt die Verteilung der Arbeitsverhältnisse ohne Arbeitsvertrag in den Beschäftigungsbereichen.

Den größten Anteil ungeschützter Arbeitsverhältnisse hat der Medienbereich. Von 57 Absolventen arbeiten 36 als freie Mitarbeiter. Im Bereich der sozialen Dienste liegt dieser Anteil bei über 41% und im Bereich Private Dienstleistungen bei 36%.

Auch hinsichtlich der Befristung von Arbeitsverträgen gibt es einige Schwerpunktbereiche. Die *Abbildung 2* zeigt den Zusammenhang zwischen befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Beschäftigungsbereichen.

Betrachtet man den Universitäts- und Forschungsbereich, so ist deutlich zu erkennen, daß die

³² Dies gilt jedoch nur, wenn jeder dieser Bereiche isoliert betrachtet wird. Eine etwas andere Einschätzung ergibt sich, wenn die Bereiche Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Stiftungen summiert werden.

Tätigkeiten und Beschäftigungsbereiche

Beschäftigungsbereiche

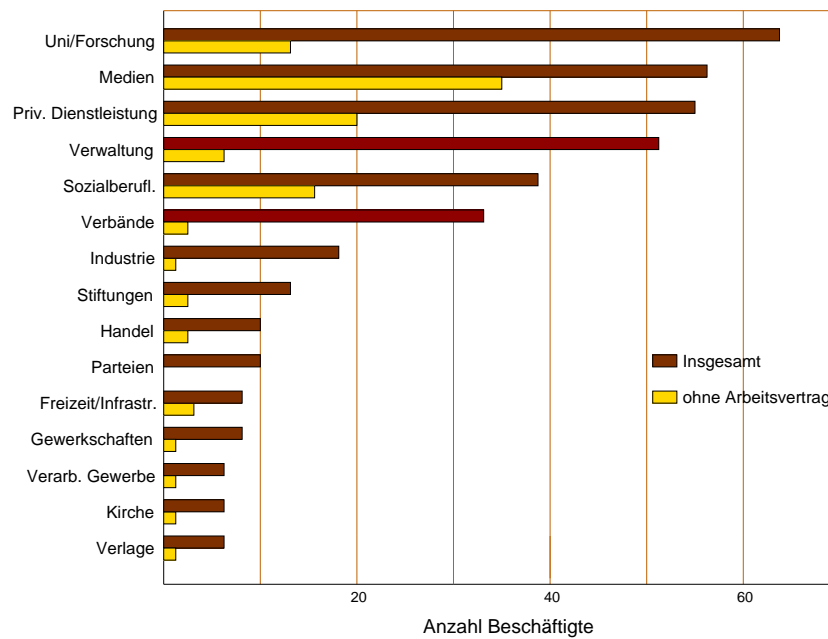


Abbildung 1: Beschäftigungsbereiche Erwerbstätige (mit/ohne Arbeitsvertrag)

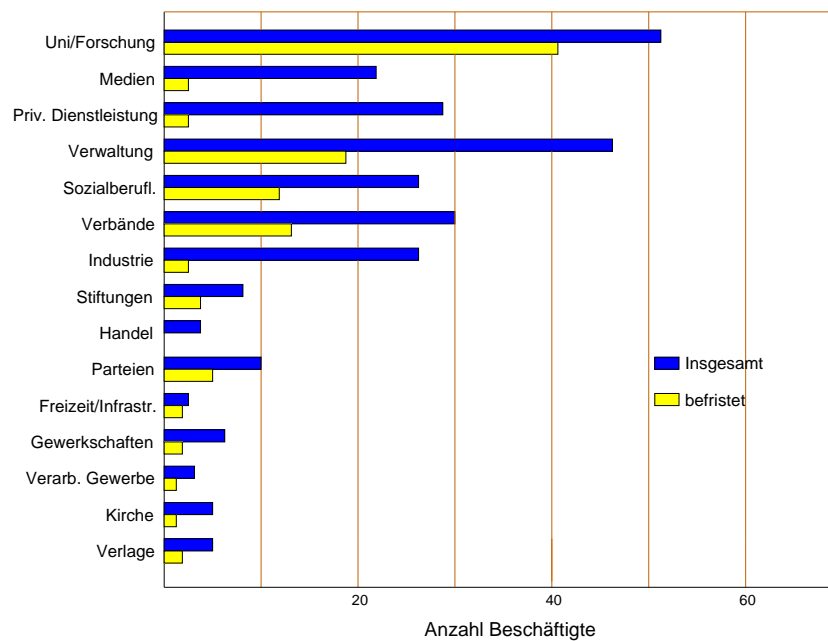


Abbildung 2: Beschäftigungsbereiche für Erwerbstätige (mit Arbeitsvertrag)

meisten Beschäftigungsverhältnisse befristet sind. Relativ hoch ist dieser Anteil auch im Verwaltungsbereich, den sozialberuflichen Diensten und bei Verbänden. Demgegenüber stehen einige kleine Bereiche, in denen unbefristete Verträge überwiegen oder zumindest eine bedeutendere Rolle spielen. Dies sind vor allem Beschäftigungen im Industriebereich sowie in Gewerkschaften und Parteien. Allerdings sind auch in der öffentlichen Verwaltung immerhin 44% unbefristet beschäftigt.

5 Der arbeitsrechtliche Status

Die arbeitsrechtlichen Beschäftigungsformen sind bei den Absolventen sehr unterschiedlich. *Tabelle 3* gibt eine allgemeine Übersicht der Beschäftigungsverhältnisse, *Tabelle 4* eine Zusammenstellung der erzielten Nettoeinkommen der Absolventen, gegliedert nach dem arbeitsrechtlichen Status sowie einer möglichen Befristung des Beschäftigungsverhältnisses.

Die größte Gruppe bilden mit 221 Befragten oder 45,6% die *Angestellten*. Von ihnen haben 65,6% eine Vollzeitstelle³³ und 66% einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Von den 221 Angestellten haben 111 Befragte eine unbefristete Vollzeitstelle, 34 eine befristete Vollzeitstelle, 28 Befragte eine unbefristete Teilzeitstelle und 34 eine befristete Teilzeitstelle.³⁴ Von allen Angestellten hatten 73,3% einen politikwissenschaftlichen Bezug zur jeweiligen Tätigkeit³⁵, bei 65,6% war der Hochschulabschluß Voraussetzung für das Beschäftigungsverhältnis. Die erzielten Einkommen fallen sehr unterschiedlich aus, resultierend aus der jeweiligen Arbeitszeit und den Beschäftigungsbereichen.

Als *Beamte* sind lediglich 12 Absolventen beschäftigt. Dabei handelt es sich um Referendare, Lehrer bzw. Juristen.

Noch weniger verdienen ihr Geld als *Arbeiter* (N=4). Bei ihnen handelt es sich um Absolventen, die vor oder nach dem Studium eine Lehre absolvierten und heute wieder in diesen Bereichen arbeiten, etwa als Kfz.-Mechaniker.

Die Beschäftigten in *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)* (N=36) haben eine „Zwitterrolle“ auf dem Arbeitsmarkt. Einerseits ist eine längere Arbeitslosigkeit Voraussetzung für eine ABM-Stelle, andererseits besteht nur in sehr wenigen Fällen die Chance einer Übernahme in ein späteres reguläres Beschäftigungsverhältnis, so daß nach Beendigung der AB-Maßnahme die Absolventen - so auch deren Selbsteinschätzung - wieder arbeitslos sind. Diese Stellen bieten den Absolventen jedoch ein hohes Maß an Möglichkeiten zur beruflichen Weiterqualifikation. Von den 36 ABM-Beschäftigten hatten 83% eine Tätigkeit mit politikwissenschaftlichem Bezug. Gegenüber allen anderen Statusgruppen haben die ABM-Beschäftigten damit den größten Anteil ausbildungsadäquater Beschäftigungsverhältnisse. Ferner gaben 89% an, daß der Hochschulabschluß Voraussetzung für die Beschäftigung ist. Eine Vollzeitstelle hatten 50%.

Eine Sonderrolle haben diejenigen Absolventen, die sich *Selbständig* gemacht haben (N=19).

³³ Für eine Vollzeitstelle wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 34 Stunden zugrunde gelegt

³⁴ 14 Angestellte konnten nicht berücksichtigt werden, da sie einen Teil dieser Fragen nicht beantworteten.

³⁵ 26,7% haben einen überwiegenden, 46,6% einen teilweisen politikwissenschaftlichen Bezug

Der arbeitsrechtliche Status

Zur Beschäftigungssituation der Angestellten

Das Tätigkeitsspektrum reicht hier von der eigenen Marketingfirma bis zum Antiquariat. Der Hochschulabschluß war dabei nur noch für 36,9% Voraussetzung, einen politikwissenschaftlichen Bezug hatten noch 42,1%. Die wöchentliche Arbeitszeit lag bei fast allen über 35 Stunden.

Neben den Angestellten bilden die beiden letzten Statusgruppen, die „in anderer Weise Erwerbstätigen“ und die Erwerbslosen, die größten Gruppen. *In anderer Weise erwerbstätig* steht für eine Beschäftigung, die nicht durch einen Arbeitsvertrag fixiert ist. Damit sind beispielsweise freie Mitarbeiter im Medienbereich gemeint, Honorartätigkeiten in der Erwachsenenbildung, im Forschungs- oder sozialberuflichen Bereich; auch Gelegenheitsarbeiten, Taxifahren, Kneipenjobs usw. fallen darunter.

Insgesamt finanzieren sich 24,3% (N=118) über diese Art der Erwerbstätigkeit. Hiervon liegen 19,5% im nicht versicherungspflichtigen Rahmen von bis zu 19 Wochenstunden. Im Bereich einer Vollzeitstelle (über 34 Wochenstunden) lagen 28,8%. Für 43,2% war der Hochschulabschluß noch Voraussetzung für die Tätigkeit, einen politikwissenschaftlichen Bezug hatten 54,3%.

Zu den *Erwerbslosen* (N=75) werden diejenigen gezählt, die dem Arbeitsmarkt, aus welchem Grund auch immer, zum Zeitpunkt der Erhebung nicht zur Verfügung standen.³⁶

5.1 Zur Beschäftigungssituation der Angestellten

Im folgenden wird die Beschäftigungssituation und die Art der Beschäftigungen der größten Verbleibsgruppe, der Angestellten, genauer untersucht.³⁷ Dafür werden sie in vier Gruppen gegliedert, wobei zunächst nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit relevant ist, sondern ob das Beschäftigungsverhältnis befristet oder unbefristet ist und ob es sich um eine Teilzeitbeschäftigung oder um eine volle Stelle handelt. Erst danach wird untersucht, welche Tätigkeiten in welchen Branchen hier ausgeübt werden. Die Fragestellung wird eher umgekehrt: In welchen Branchen und mit welchen Tätigkeiten gelingt es Politologen im Zeitraum von max. 6 Jahren nach dem Diplom, eine unbefristete oder auch befristete Beschäftigung zu erreichen? Wer hat hinsichtlich seiner Tätigkeit einen politikwissenschaftlichen Bezug? *Abbildung 3* soll diese Aufteilung verdeutlichen.³⁸

Eine unbefristete Vollzeitstelle haben 111 Angestellte, eine befristete Vollzeitstelle 34, eine unbefristete Teilzeitstelle 28 und eine befristete Teilzeitstelle 34 Angestellte. Somit haben etwa 50% der *angestellten* Absolventen eine unbefristete Vollzeitstelle.

Betrachten wir zunächst die *Angestellten mit unbefristeten Arbeitsverträgen und Vollzeitstellen* (N=111), die in fast allen Bereichen anzutreffen sind. Schwerpunkte bilden dabei die Verwaltung (N=20), die privaten Dienstleistungen (N=17), Medien (N=16), Industrie (N=13) und die sozialberuflichen Dienste (N=10).³⁹ Im sozialberuflichen Bereich dominieren die Erzieher und sozialpädagogischen Vollzeitstellen und weniger die administrativen Tätigkeiten (etwa

³⁶ Eine genaue Beschreibung der beiden letzten Gruppen befindet sich in Kapitel 5.

³⁷ Angestellte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden hier nicht behandelt.

³⁸ Von den 221 Angestellten konnten aufgrund einiger fehlender Angaben nur 207 berücksichtigt werden.

³⁹ Die übrigen Angestellten mit unbefristeten Vollzeitstellen verteilen sich auf sehr unterschiedliche Bereiche.

Der arbeitsrechtliche StatusZur Beschäftigungssituation der Angestellten

Status	Arbeitszeit (in Stunden)			Befristung (in Monaten)		
	Stunden	Anzahl	in %	Monate	Anzahl	in %
Angestellte N=221 45,6%	1 bis 19	4	1,8	1 bis 6	2	0,9
	20 bis 24	26	11,8	7 bis 12	12	5,4
	25 bis 29	16	7,2	13 bis 24	22	10,0
	30 bis 34	16	7,2	25 bis 36	11	5,0
	über 34	145	65,6	37 bis 60	22	10,0
	K.A.	14	6,3	unbefrist.	146	66,0
				K.A.	6	2,7
ABM N=36, 7,4%	20 bis 24	2	5,6	1 bis 6	1	2,8
	25 bis 29	1	2,8	7 bis 12	25	69,4
	30 bis 34	14	38,9	13 bis 24	10	27,8
	über 34	18	50,0			
	K.A.	1	2,8			
Beamte N=12, 0,8%	30 bis 34	1		25 bis 36	1	
	über 34	10		über 5 J.	2	
	K.A.	1		unbefrist.	9	
Arbeiter N=4, 0,8%	1 bis 19	1		1 bis 6	1	
	über 35	2		unbefrist.	3	
	K.A.	1				
Selbständige N=19, 3,9%	1 bis 19	1	5,3			
	20 bis 24	1	5,3			
	über 34	13	68,4			
in anderer Weise erwerbstätig N=118, 24,3%	1 bis 19	1	5,3			
	20 bis 24	15	12,7			
	25 bis 29	1	0,8			
	30 bis 34	15	12,7			
	über 34	15	12,7			
K.A.	30	25,4				
(Erwerbslos N=75, 15,5%)						

Tabelle 3: Der arbeitsrechtliche Status

Der arbeitsrechtliche Status

Zur Beschäftigungssituation der Angestellten

Status	Nettoeinkommen unbefristete Tätigkeiten (in DM)			Nettoeinkommen befristete Tätigkeiten (in DM)		
	DM	Anzahl	in %	DM	Anzahl	in %
Angestellte N=221 45,6%	bis 1000	3	2,0%	bis 1000	3	4,2%
	1001 bis 1500	16	11,0%	1001 bis 1500	8	11,3%
	1501 bis 2000	33	22,6%	1501 bis 2000	23	32,4%
	2001 bis 2500	32	21,9%	2001 bis 2500	17	23,9%
	über 2500	60	41,1%	über 2500	20	28,2%
	K.A.	2	1,4%	K.A.	1	1,4%
		—			—	
		146			72	
ABM N=36, 7,4%				bis 1500	2	5,6%
				1501 bis 2000	14	38,9%
				2001 bis 2500	18	50,0%
				über 2500	1	2,8%
				K.A.	1	2,8%
Beamte N=12, 0,8%	bis 1000	1				
	1501 bis 2000	1				
	2001 bis 2500	1		über 2500	2	
				K.A.	1	
Arbeiter N=4, 0,8%	bis 1000	1				
	1001 bis 1500	1				
	2001 bis 2500	1		2001 bis 2500	1	
Selbständige N=19, 3,9%	1 bis 19	1	5,3%			
	20 bis 24	1	5,3%			
	über 34	13	68,4%			
in anderer Weise erwerbstätig N=118 24,3%	1 bis 19	1	5,3%			
	20 bis 24	15	12,7%			
	25 bis 29	1	0,8%			
	30 bis 34	15	12,7%			
	über 34	15	12,7%			
	K.A.	30	25,4%			
(Erwerbslos N=75, 15,5%)						

Tabelle 4: Nettoeinkommen

Der arbeitsrechtliche Status

Zur Beschäftigungssituation der Angestellten

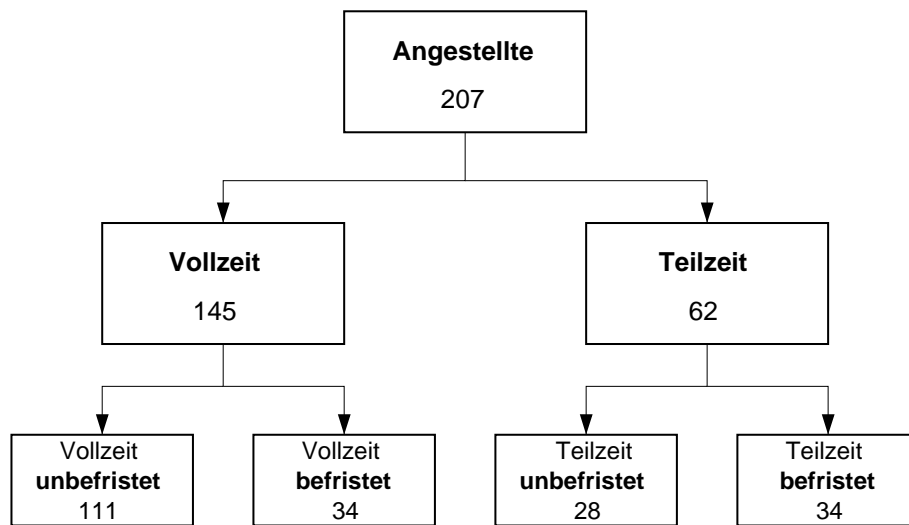


Abbildung 3: Übersicht der Angestelltengruppen

Geschäftsführer etc.). Die Bildungs- und Verwaltungstätigkeiten im Sozialbereich sind demgegenüber eher befristet oder Teilzeittätigkeiten. Im Industriebereich arbeiten 50% in EDV-Berufen, daneben finden sich kaufmännische Tätigkeiten und Marketingberufe. Sehr stark vertreten ist der Verwaltungsbereich. Von 20 Absolventen dieser Gruppe arbeiten 5 als Referenten, 7 sind Verwaltungs- und höhere Angestellte. Ein weiterer ist dort als Wissenschaftlicher Mitarbeiter neben einem Lehrer, Erwachsenenbildner und einer Kulturarbeiterin, die mit der Koordination von bezirklichen Projekten betraut ist, tätig.

Einen wie auch immer gearteten politikwissenschaftlichen Bezug in der momentanen Tätigkeit haben in dieser Gruppe 67,6%, der Hochschulabschluß war für 58,2% Voraussetzung für die Einstellung. Während bei den Frauen der Anteil derer, für die das Diplom eine Beschäftigungsvoraussetzung war, prozentual dem der Männer entspricht, haben sie mit 83,3% einen erheblich höheren politikwissenschaftlichen Bezug⁴⁰ in ihrer Tätigkeit als die männlichen Absolventen mit 60,8%. Dem steht allerdings beim Nettoeinkommen eine Differenz von 300 DM gegenüber dem Gehalt der Männer entgegen: Während in den unteren und mittleren Gehaltsklassen sich der Frauenanteil noch proportional verhält, sind in der höchsten Gehaltsklasse ab 3500 DM netto nur noch Männer vertreten. Hinsichtlich der erzielten Nettoeinkommen läßt sich konstatieren, daß ein erheblicher Teil der Absolventen unter dem akademischen Beschäftigungsniveau liegt.⁴¹ *Tabelle 5* zeigt das Durchschnittseinkommen in den jeweiligen Beschäftigungsbereichen.

Betrachtet man das Jahr des Diplomerwerbs, so sind die Absolventenjahrgänge in dieser

⁴⁰ Der Frauenanteil liegt in dieser Gruppe bei 25% (bei 29,5% Gesamtanteil an allen Befragten).

⁴¹ Als Eingangsniveau wurde ein Nettoarbeitslohn (BATIII, 30 Jahre, ledig, ohne Kind) von etwa 2500 DM zugrunde gelegt.

Der arbeitsrechtliche StatusZur Beschäftigungssituation der Angestellten

Bereich	Einkommen	Anzahl	davon mit politikwiss. Bezug
Industrie	3040	13	2
Priv. Dienstleistungen	3004	17	4
Gewerkschaften	2870	5	5
Uni/Forschung	2825	4	3
Kirche	2700	2	2
Öff. Verwaltung	2675	20	16
Medien	2513	15	15
Verbände	2512	8	7
Stiftungen	2500	2	2
Parteien	2480	5	5
Sozialer Bereich	2460	10	7
Handel	2300	1	0
Verlage	2000	1	1
Verarb. Gewerbe	1770	1	0
Freizeit/Infrastruktur	1200	1	1

Tabelle 5: Durchschnitts-Nettoeinkommen der Angestellten (Vollzeit, unbefristet)

Gruppe (entsprechend ihrem jeweiligen Gesamtanteil) gleichmäßig verteilt.⁴² Selbst der Anteil eines der jüngeren untersuchten Jahrgänge (1985) liegt kaum als der der älteren Jahrgänge. Die Anzahl der Fachsemester ist in dieser Gruppe ebenso kein Indiz für eine zielstrebigere und möglicherweise erfolgreichere Berufsplanung. Schwerpunkte mit unterdurchschnittlicher Studiendauer lassen sich lediglich bei Absolventen finden, die im Bereich Gewerkschaft oder Parteien arbeiten.

Der Anteil derjenigen, die zum Zeitpunkt der Befragung ihren Wohnsitz (wieder) in der Bundesrepublik hatten, ist in dieser Gruppe überdurchschnittlich.⁴³ Dies könnte darauf hindeuten, daß die Bereitschaft, nach dem Studium in die Bundesrepublik zu ziehen, vor allem dann besteht, wenn damit eine längerfristige Berufsperspektive verbunden ist. Von allen Absolventen, die zum Zeitpunkt der Befragung noch in Berlin wohnten, erklärten 27%, sie würden wegen einer Stelle Berlin uneingeschränkt verlassen. 40% würden dies ebenfalls tun, nannten jedoch bestimmte Voraussetzungen für eine Beschäftigung in Westdeutschland. Somit würden zwei Drittel aller noch in Berlin befindlichen Absolventen diese Stadt verlassen, wenn sich in der

⁴² Dies trifft nicht nur auf diese Gruppe mit unbefristeten Arbeitsverträgen zu!

⁴³ Der Anteil der aus der Bundesrepublik zurückgesandten Fragebögen betrug insgesamt 22,5%. Ihr prozentualer Anteil an den vier Angestelltengruppen beträgt: 33% Vollzeitstelle unbefristet, 26,5% Vollzeitstelle befristet, 10,7% Teilzeitstelle unbefristet und 11,8% Teilzeitstelle befristet.

Bundesrepublik eine Beschäftigungsmöglichkeit bieten würde. Selbst bei denjenigen Berlinern, die über einen Arbeitsvertrag verfügen, würden 70% wegen einer bestimmten Stelle nach Westdeutschland wechseln. Die Bereitschaft zum Ortswechsel ist somit prinzipiell sehr hoch.

Angestellte mit einer befristeten Vollzeitstelle (N=34) arbeiten überwiegend in den Bereichen öffentliche Verwaltung (N=8), Universität/Forschung (N=9) und bei Verbänden (N=4). 61,8% sind in diesen Bereichen tätig. Schwerpunkte bilden insbesondere Wissenschaftliche Mitarbeiter im Universitäts- und Forschungsbereich. In der öffentlichen Verwaltung konzentrieren sich die Beschäftigten schließlich auf Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (N=3) sowie Verwaltungstätigkeiten (N=4). Jede/r Dritte hat eine Befristung von fünf Jahren.⁴⁴ Der Anteil derer, die inzwischen in der Bundesrepublik leben, ist nicht mehr so hoch wie in der vorherigen Gruppe. Offensichtlich scheint sich die These zu bestätigen, daß ein Ortswechsel nach Westdeutschland nur im Verbund mit einer längerfristigen Perspektive vorgenommen wird.

Angestellte in unbefristeten Teilzeitstellen (N=28) findet man bei Verbänden, privaten Dienstleistungen, Medien oder im Handel. In den Verbänden sind es beispielsweise Geschäftsführer oder Sekretäre, Sozialarbeiter und PR-Tätigkeiten.

In der letzten Gruppe, den *Angestellten mit befristeter Teilzeitstelle*, finden sich die meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter, hauptsächlich im Forschungsbereich, wieder. Die wenigsten davon haben Assistentenstellen mit fünfjähriger Beschäftigungsdauer. Die Befristung liegt hier vor allem im Bereich zwischen ein und zwei Jahren.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß bisherige traditionelle Beschäftigungsbereiche (Verwaltung, Forschung) weiterhin stark vertreten sind. Demgegenüber stehen Bereiche, die seit der Vorgängerstudie eine wachsende Absorption für Politologen aufweisen. Angestiegen ist der Bereich der Massenmedien, der sozialberuflichen Tätigkeiten sowie der private Dienstleistungsbereich.

Von allen Angestellten hatten im Schnitt 73% einen politikwissenschaftlichen Bezug zu ihrer Tätigkeit. Diejenigen, die in ihren Beruf ihre ehemaligen Studienschwerpunkte einbringen können, sind, abgesehen vom Forschungsbereich, in der Minderheit.⁴⁵

Der Absolventenanteil im alternativen Beschäftigungssektor ist gering. Während dieser Bereich vielerorts schon als Alternative zur Schaffung neuer Arbeitsplätze angesehen worden ist, hat er entweder nicht die ihm zugewiesene Bedeutung erlangt oder rekrutiert sich aus anderen Personengruppen. Lediglich 3,2% der Absolventen sind im Alternativbereich oder in Selbsthilfeprojekten beschäftigt.

6 Berliner Diplom-Politologen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems

Unter dem Eindruck einer insgesamt schwieriger gewordenen Arbeitsmarktlage, steigender Akademikerarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, den Defiziten amtlicher Arbeitsmarkt- und Be-

⁴⁴ Unter 1 Jahr 8,8%, 1 Jahr 17,6%, 2 Jahre 20,6%, 3 Jahre 11,8%, 5 Jahre 35,3%.

⁴⁵ Ein Referent: „Man kann sich gar nicht vorstellen, was ich hier machen muß!“

schäftigungsstatistiken sowie bisheriger Verbleibsanalysen, wurde den Verbleibsformen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zielsetzung der Untersuchung war dabei, ein differenzierteres Bild der sozialen Verbleibswirklichkeit eines vermutlich wachsenden Teils der Absolventen ohne festen Berufsstatus als bisher geben zu können. Nicht zum traditionellen Beschäftigungssystem wurden all jene Absolventen gerechnet, die „in anderer Weise“ unterhalb der arbeitsvertraglich geregelten Ebene beschäftigt waren. Ferner wurden hier all jene Absolventen erfaßt, die dem Beschäftigungssystem durch Wahrnehmung von Weiterqualifikationsmöglichkeiten sowie Erwerbslosigkeit vorübergehend entzogen waren.

Quantitativ befanden sich 40% (N=193) aller Absolventen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems. Die Spannbreite der hier erfaßten Absolventen reicht von ausbildungsadäquat und -inadäquat Beschäftigten über Stipendiaten, Umschüler, Lehrlinge, Volontäre und Praktikanten bis hin zu Empfängern von Arbeitslosengeld, -hilfe und Sozialhilfe. Auf verschiedensten Grundlagen werden Beschäftigungen des unterschiedlichsten Umfangs - von Vollzeit über alle nur denkbaren Formen von Teilzeit- bis hin zu geringfügigsten Beschäftigungen - ausgeübt. Die Sicherung der Reproduktion während der Wahrnehmung verschiedenster Weiterqualifikationsmöglichkeiten erfolgt auf vielfältige Weise : Promotionen werden auf Grundlage von Stipendien, Lohnersatzleistungen sowie ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse erstellt. Vom Arbeitsamt geförderte Qualifikationsmaßnahmen werden zwar in der Hauptsache über das Unterhaltsgeld, in einigen Fällen - mangels der individuellen Anspruchsvoraussetzungen - aber auch über Darlehen und Gelegenheitsarbeiten bestritten. Ebenso vielfältig differenzieren sich die Erwerbslosen: Sie sind nur zum Teil beim Arbeitsamt registriert und beziehen - je nach individueller Anspruchsvoraussetzung - in der Höhe voneinander abweichende Lohnersatzleistungen. Die überwiegende Mehrheit der Erwerbslosen nimmt zudem ebenfalls die verschiedensten Weiterqualifikationsmöglichkeiten wahr. Darüberhinaus ließen sich oftmals keine eindeutigen Grenzen zwischen Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit ziehen. Offensichtlich wurden diese Schwierigkeiten bei einem Teil von Absolventen, die - über den vorgegebenen Fahrplan des Fragebogens hinausgehend - Angaben sowohl im Fragenkomplex für Erwerbslose als auch für Erwerbstätige machten, um ihre individuelle Verbleibswirklichkeit des ständigen Wechsels zwischen Erwerbslosigkeit und -tätigkeit als Zustand zu dokumentieren.

Angesichts der hier nur angedeuteten Variantenvielfalt der Verbleibsmöglichkeiten jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems ist eine umfassende Darstellung der Verbleibsrealität nicht zu leisten. Dieser Anspruch wäre allenfalls von Einzelfallanalysen einzulösen, die sich hier allein schon aus Gründen der Lesbarkeit verbieten. Diesem Anspruch kann mit der konservativen Methode der empirischen Sozialforschung - dem standardisierten Fragebogen - nur im Ansatz Genüge getan werden. Die folgende Darstellung konzentriert sich daher auf die drei wesentlichen Verbleibsmerkmale : Erwerbstätigkeit, Weiterqualifikation und Erwerbslosigkeit.

Unter diesen Gesichtspunkten sind jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems vier Verbleibsformen zu unterscheiden:

- ausschließlich einer Erwerbstätigkeit unterhalb der arbeitsvertraglichen Ebene nachgehen-

de Absolventen (Grauer Arbeitsmarkt)

- einer Erwerbstätigkeit unterhalb der arbeitsvertraglichen Ebene nachgehende und zugleich in einem weiteren Ausbildungsverhältnis stehende Absolventen (Grauer Arbeitsmarkt/ Weiterqualifikation)
- einer Ausbildung nachgehende erwerbslose Absolventen (Weiterqualifikation/ Erwerbslose)
- ausschließlich Erwerbslose

	erwerbstätig	erwerbslos	Gesamt
ausschließlich erwerbstätig	67		67
weitere Ausbildung	51	46	97
ausschließlich erwerbslos		29	29
Befragte	118	75	193

Tabelle 6: Verbleibsformen jenseits des traditionellen Arbeitsmarkts (in N=)

Relativ überwiegen mit 50 % die Verbleibskombinationen mit einem Weiterqualifikationsverhältnis gegenüber den ausschließlichen Verbleibsformen der Erwerbstätigkeit mit 35% und der Erwerbslosigkeit mit 15%.

6.1 Die Grauzone des Arbeitsmarkts

Der Begriff der „Grauzone“ des Arbeitsmarkts geht auf Modellrechnungen zum beruflichen Verbleib von Hochschulabsolventen auf Grundlage der vorhandenen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsstatistiken am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zurück. In der zuletzt aktualisierten Fassung von 1980 weisen diese Modellrechnungen einen ungeklärten Rest von 24% aller Hochschulabsolventen aus, deren Beschäftigungs- und Verbleibsformen im Dunkeln bleiben. Dieser ungeklärte Rest wurde in der Folge häufig auch als die „Grauzone“ des Arbeitsmarkts bezeichnet.⁴⁶ Es wurde vermutet, daß der ungeklärte Rest, die „Grauzone“, im wesentlichen besteht aus:

- arbeitslosen Absolventen, die sich aus unterschiedlichsten Gründen nicht beim Arbeitsamt melden
- Absolventen, die zusätzliche Weiterbildungsmöglichkeiten wahrnehmen

⁴⁶ vgl. Schlegelmilch, C. (1987), S. 10ff.

- wachsenden Bereichen der abhängigen Teilbeschäftigungen in Zeitverträgen, Teilarbeitsverhältnissen, geringfügigen Beschäftigungen, Honorarbeziehungen, Werkaufträgen, Projekten u.s.w., „die mit den traditionellen Nomenklaturen nicht mehr gut beschrieben werden können“.⁴⁷

Diese Vermutung wurde in der Vielzahl der daraufhin durchgeführten Verbleibsanalysen zu meist unterschiedlich operationalisiert.⁴⁸ In der zuletzt für Berliner Politologen durchgeführten Verbleibsanalyse begrenzte D. Grün den „Grauen Markt“ mit einer Hilfskonstruktion nach oben hin, indem er „(...) alljene Beschäftigungsformen und -verhältnisse zum Grauen Markt (rechne te), aus denen sich nach Beendigung kein Anrecht auf Bezug von Arbeitslosenunterstützung ergibt: Honorartätigkeiten, Werkverträge, Beschäftigungsverhältnisse von weniger als einem Jahr Dauer (...)“ und „(...) nach unten hin durch die völlige Erwerbslosigkeit“.⁴⁹ Demgegenüber wird in der vorliegenden Untersuchung die obere Grenze der hier verwendeten Hilfskonstruktion durch das traditionelle Beschäftigungssystem und nach unten durch das Fehlen einer Erwerbstätigkeit markiert. Konkret handelt es sich hierbei um alle Erwerbstätigkeiten unterhalb der arbeitsvertraglich geregelten Ebene (Honorarbeziehungen, Werkaufträge, Gelegenheitsarbeiten etc.), ferner alle eine Erwerbstätigkeit integrierenden Ausbildungsverhältnisse (Lehre, Volontariat, Praktikum) sowie Erwerbstätigkeiten, die unmittelbar ein Ausbildungsverhältnis zur Voraussetzung haben (stud. Hilfskräfte, Tutoren) bzw. auf Basis des studentischen Status ausgeübt werden (stud. Taxifahrer, Gelegenheitsarbeiten über die stud. Arbeitsvermittlung).

Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, gelten als gemeinsame Kennzeichen dieser Erwerbstätigkeiten in der Regel⁵⁰ folgende Kriterien:

- Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen müssen individuell ausgehandelt werden.
- Eine Sozialversicherungspflicht besteht nicht. Damit entfallen wichtige Schutzfunktionen wie z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.
- Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit werden nicht entrichtet, noch können diese selbst entrichtet werden. Es können also auch keine Ansprüche auf Lohnausgleichszahlungen erworben, noch in Zeiten der Erwerbslosigkeit in Anspruch genommen werden.
- Eine gewerkschaftliche Interessenvertretung gibt es in den seltensten Fällen. Konfliktfälle müssen individuell zwischen ungleichen Partnern - z.B. Professor und Honorarkraft - ausgetragen werden.

⁴⁷ Tessaring, M (1977), S.229-242.

⁴⁸ Zur Kritik vgl. Kuntz, K.-M. (1980).

⁴⁹ Grün, D., (1984), S.190-192.

⁵⁰ Dies gilt nicht für Volontariate und Lehrstellen. Ebenso treffen die aufgeführten Kennzeichen - zumindest für Berlin - nur zum Teil für stud. Hilfskraft- und Tutorenstellen zu. Für die Berliner konnte in einem Streik 1986 erneut eine tarifvertragliche Regelung durchsetzen. Hierzu vgl. Büchner, G. u.a. (1986).

Politologen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems

Die Grauzone des Arbeitsmarkts

- Eine schriftliche Fixierung der Vereinbarung über die zu erbringenden Leistungen existiert oftmals nicht (z.B. Honorar- und Verkaufträge über Bestellscheine). Konfliktfälle sind damit vorprogrammiert.
- Zumeist handelt es sich um kurzzeitig befristete Vereinbarungen. Absolventen, die allein auf diese Art der Einkünfte angewiesen sind, sehen sich ständig mit dem Problem der Arbeitssuche konfrontiert. Eine längerfristige Lebensplanung wird damit erschwert, wenn nicht gar unmöglich.

Unter diesen - individuell mehr oder weniger zutreffenden - Bedingungen ging jeder vierte (N=118) *aller* erfaßten Absolventen einer Erwerbstätigkeit in der Grauzone des Arbeitsmarkts auf unterschiedlichster Grundlage nach. Hiervon übten wiederum 25% mehr als eine Erwerbstätigkeit aus. Bereits diese Mehrfachbeschäftigungen unterstreichen die Labilität der Grauzonen-erwerbstätigkeiten: Neben gelegentlichen, kurzfristigen Honorar- und Verkaufträgen, die günstigenfalls noch einen inhaltlichen Bezug zum Studium aufweisen, werden zur Sicherung der Reproduktion weitere Gelegenheitsarbeiten (z.B. Taxifahren, Kneipen- und Putzjobs) ausgeübt. Relativierend muß an dieser Stelle hinzugefügt werden, daß 43% der hier Erwerbstätigen zusätzliche Weiterqualifikationsmöglichkeiten wahrnehmen. Entsprechend der individueller Gewichtung - ob nun die weitere Qualifikation im Vordergrund steht und die Erwerbstätigkeiten lediglich der Finanzierung einer von vornherein geplanten Zusatzausbildung dienen oder aber Weiterqualifikationsmöglichkeiten auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage wahrgenommen werden - bieten sich entsprechend unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten der Erwerbstätigkeiten in der Grauzone des Arbeitsmarkts an: Günstigenfalls werden Zusatzqualifikationen mit ausbildungsadäquaten Erwerbstätigkeiten finanziert. Ungünstigenfalls werden Zusatzqualifikationen erworben, um ausbildungsinadäquaten und dequalifikatorisch wirkenden Erwerbstätigkeiten zu entinnen.

Die bereits für das traditionelle Beschäftigungssystem konstatierte breite Streuung der Absolventen über eine Vielzahl von Beschäftigungsbereichen behält auch für die Grauzone seine Gültigkeit. Allerdings konzentrieren sich 70% (N=79) *aller* in der Grauzone Erwerbstätigen in vier Beschäftigungsbereichen. Es dominiert der Medienbereich mit 29,7% (N=35) Erwerbstätigen, gefolgt von den Privaten Dienstleistungen mit 19,5% (N=23) erwerbstätigen Absolventen. Im Sozialen Bereich sind 11,9% (N=14), im Bereich Universität/Forschungsinstitute 10,2% (N=12) Absolventen tätig. Weitere 15% verteilen sich auf neun weitere Bereiche, die restlichen 15% machten keine verwertbare Angabe.

Da eine umfassende Darstellung der Tätigkeiten, Beschäftigungsverhältnisse und -formen den Rahmen dieser Darstellung sprengen würde, soll an Hand der beiden stärksten Beschäftigungsbereiche (Medien, Private Dienstleistungen) die Vielfalt und Bandbreite der Beschäftigungsverhältnisse innerhalb der Grauzone des Arbeitsmarkts exemplarisch dargestellt werden.

Politologen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems
Die Grauzone des Arbeitsmarkts

Tätigkeit	Anzahl
Honorarauftrag	56
Werkauftrag	18
Lehrauftrag	11
Freiberuflich	14
Gelegenheitsarbeiten	34
Volontariat	3
Praktikum	4
Referendariat	1
Lehrstelle	2
stud. Hilfskraftstelle	3
Tutorenstelle	2
Gesamt	148

Tabelle 7: Grundlagen der Erwerbstätigkeiten in der Grauzone des Arbeitsmarkts

6.1.1 Medien

Mit 29,7% (N=35) Erwerbstätigen ist der Medienbereich der stärkste Beschäftigungsbereich innerhalb der Grauzone des Arbeitsmarkts. Damit entfallen fast über die Hälfte *aller* im Medienbereich Beschäftigten in die Grauzone. Im einzelnen gaben 26 Beschäftigte als Tätigkeitsbezeichnung „freier Journalist“ an, 3 absolvierten zum Zeitpunkt der Erhebung ein Volontariat, 2 weitere waren als Programmassistenten beschäftigt, und je einer als Redakteur und als Archivar. Weiterhin arbeitete ein Absolvent als Beleuchter im technischen Stab des Fernsehens und einer absolvierte ein Praktikum.

Stark ausgeprägt ist in diesem Beschäftigungsbereich der inhaltliche Bezug zum Studium. 75% der hier Beschäftigten sahen politikwissenschaftliche Inhalte in ihrer Tätigkeit. Gemeinsamer Beschäftigungsbereich bei gleicher Tätigkeitsbezeichnung (freier Journalist) sowie der hohe politikwissenschaftliche Bezug der Tätigkeit suggerieren zunächst eine gewisse Homogenität der Verbleibssituation. Diese ist allerdings nicht vorhanden. Unter Berücksichtigung des Umfangs der Beschäftigung und des durchschnittlich erzielten monatlichen Nettoeinkommens ergeben sich jeweils individuelle Erwerbssituationen. So reicht die Bandbreite der erzielten Nettoeinkommen von 60,- DM bis 5000,- DM. Durchschnittlich wurden 1900,- DM erzielt. Allerdings mußten sich 25,7% (N=9) mit einem Einkommen bis 1000,-DM begnügen. Ein Einkommen entsprechend dem akademischen Eingangsniveau (BAT III) erzielten zehn Absolventen. Weitgehend korrespondierend hierzu verhält sich der Umfang der Beschäftigung. Hier reicht die Bandbreite der wöchentlichen Arbeitszeit von 4 bis 60 Stunden. Dem Umfang nach einem eher geringfügigem Beschäftigungsverhältnis bis 19 Stunden gingen 5 Absolventen nach, zehn gaben Zeiten zwischen 20 und 34 Stunden an. Entsprechend einer Vollzeitstelle waren 13 Absolventen

beschäftigt. Die verbleibenden 7 machten hierzu keine Angabe.

Hinter diesen eher nüchtern anmutenden Eckdaten verbergen sich Beschäftigungsverhältnisse, die sich zudem durch einen hohen Grad an Instabilität auszeichnen. Befragt nach den Vor- und Nachteilen eines Beschäftigungsverhältnisses als „freie“ Journalistin antwortete eine schon als etabliert zu bezeichnende „feste Freie“:

„Ein Vorteil meiner Arbeit ist, daß - wenn auch nur sehr vermittelt - meine Arbeit noch etwas mit meinem Studium zu tun hat ... und daß mir z.B. Interviews mit interessanten Menschen auch einen persönlichen Gewinn bringen (...) und die freie Zeiteinteilung. Da allerdings fängt die Illusion von Freiheit auch schon an - denn so frei ist die gar nicht. Jeder Freie kennt das Problem, daß er manchmal mehrere Aufträge kriegt und dann 5 Wochen einschließlich der Wochenenden schuftet kann - vielleicht mit 40 - 60 Stunden pro Woche - und dann wieder 3 Wochen quasi in ein Loch fällt, sozusagen unfreiwillige Freizeit, die du dann aber nicht genießen kannst, denn dann stehst wieder unter dem Druck: Der nächste Auftrag muß ran. Dazu kommt die sich ständig verschärfende Konkurrenzsituation zwischen den Freien, (...) und dann muß vielleicht mal wieder gespart werden. Im Moment sind z.B. mehrere Kommissionen damit beschäftigt zu prüfen, wie sich die Gehälter der oberen Etagen finanzieren lassen und da fangen sie am liebsten immer bei den Freien an. Sie überlegen grade, in welcher Abteilung die festen Redakteure die Arbeit der Freien mitmachen könnten - und dann kannst du nämlich auch ganz schnell auf einmal gar keine Arbeit mehr haben (...).“⁵¹

6.1.2 Private Dienstleistungen

Mit 19,5% (N=23) ist der Beschäftigungsbereich Private Dienstleistungen der zweitstärkste innerhalb der Grauzone des Arbeitsmarkts. Im einzelnen sind hier 11 Taxifahrer, 2 Dolmetscher, ein Interviewer, ein Marketing-Berater, ein Erwachsenenbildner, eine Bürohilfskraft, ferner ein Handelsvertreter sowie ein Fremdenführer und Reisejournalist tätig. 4 Absolventen machten hier keine nähere Angabe. Entsprechend den ausgeübten Tätigkeiten fiel der inhaltliche Bezug zum Studium mit 26% (N=6) geringer aus.

Die Bandbreite der erzielten monatlichen Nettoeinkünfte reichen in diesem Bereich von 600,- DM bis 3500,- DM. Durchschnittlich wird hier ein monatliches Nettoeinkommen von 1300,- DM erzielt. 9 Absolventen verfügten über ein Einkommen von bis zu 1000,- DM, weitere 9 ein Einkommen zwischen 1000,- und 1500,-DM. Ein monatliches Nettoeinkommen über 1500,-DM konnten nur 3 Absolventen realisieren.

Angaben zum zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit machten 14 der 23 im Dienstleistungsbereich erwerbstätigen Absolventen. Hiervon gingen 3 einer Erwerbstätigkeit unter 19 Stunden nach, 7 gaben Arbeitszeiten zwischen 19 und 34 Stunden an. Entsprechend einer Vollzeitstelle waren 4 Absolventen beschäftigt. Einer geringfügige Erwerbstätigkeit - Nettoeinkom-

⁵¹ Interview mit einer Absolventin des Fachbereichs Politische Wissenschaften.

men bis 1000,-DM oder Umfang der Erwerbstätigkeit unter 19 Wochenstunden - gingen im Privaten Dienstleistungsbereich 10 der 23 Absolventen nach. Unter Berücksichtigung eines weiteren Ausbildungsverhältnisses, ist dies nicht weiter verwunderlich. Neben ihrer geringfügigen Erwerbstätigkeit gingen 8 Absolventen dieses Beschäftigungsbereichs einer weiteren Ausbildung nach. 4/5 der geringfügigen Erwerbstätigkeiten sind somit auf die Weiterqualifikation zurückzuführen.

Immerhin gelang es noch 55% aller in der Grauzone erwerbstätigen Absolventen - gegenüber 75% im traditionellen Beschäftigungssystem - eine ihrer politikwissenschaftlichen Ausbildung adäquate Tätigkeit auszuüben.

Einkommen	über 2500	bis 2500	bis 2000	bis 1500	bis 1000	+ anderer Unterhalt	Gesamt
Bezug zum Studium:							
ja	11	2	12	14	10	13	62
nein	6	1	2	12	22	8	51
Gesamt	17	3	14	26	32	21	113

Tabelle 8: Einkommen in der Grauzone des Arbeitsmarkts

18,6% (N=21) der in der Grauzone tätigen Absolventen können über ihre Erwerbstätigkeit ihre Reproduktion nicht allein sichern und sind auf andere Finanzquellen (Lohnausgleichszahlungen, Mittel der Partner/Eltern etc.) angewiesen. 28,3% (N=32) erzielten lediglich ein Einkommen bis 1000 DM, weitere 23% (N=26) ein Einkommen bis einschließlich 1500 DM. Damit erreichen 70% (N=79) aller in der Grauzone Erwerbstätigen ein Einkommen von bis zu 1500 DM. Lediglich 15% (N=17) erzielten ein ihrer Ausbildung adäquates Eingangsniveau, von denen allerdings nur 2/3 (N=11) einer mit ausbildungsadäquaten Inhalten versehenen Tätigkeit nachgingen.

Angesichts der Widrigkeiten ungeschützter Erwerbsverhältnisse und der erschreckend miserablen materiellen Situation ist es nicht überraschend, daß 17% (N=20) der in der Grauzone Erwerbstätigen arbeitslos gemeldet sind und 43% (N=51) dieser Situation durch die Wahrnehmung von Weiterqualifikationsmöglichkeiten zu entinnen trachten.

6.2 Weiterqualifikation als Strategie gegen Erwerbslosigkeit

Für eine ausführliche Diskussion der Bedeutung zusätzlicher Qualifikationen für die Einfädung ins Beschäftigungssystem steht hier nicht der Raum zur Verfügung. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß sich die Bedeutung zusätzlicher Qualifikationen bereits beim gegenwärtigen Stand der Auswertung abzeichnet - z.B. Praktika und Volontariate im Medienbereich. Daß es sich hierbei um keine Neuigkeit handelt, zeigt der hohe Anteil an Absolventen, die zum Zeit-

punkt der Befragung Qualifikationsmöglichkeiten wahrnahmen: Ein Viertel (N=128) der von der Fragebogenaktion erfaßten Absolventen machte von dieser Möglichkeit gebrauch. Betrachtet man diese Absolventen von ihrer Stellung im Beschäftigungssystem her, so zeigt sich, daß 1/4 (N=31) der Absolventen dem traditionellen Beschäftigungssystem und 3/4 (N=97) der Absolventen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems zuzuordnen sind. Deutlicher wird dieser Zusammenhang, wenn man die Qualifikationsverhältnisse und die Stellung im Beschäftigungssystem in absoluten Zahlen zueinander in Beziehung setzt: Danach stand jeder 10. Absolvent des traditionellen Beschäftigungssystems - aber jeder 2 Absolvent jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems - in einem Weiterqualifikationsverhältnis. Demnach gilt : Je schlechter die Verbleibssituation im Beschäftigungssystem, um so größer ist die Bereitschaft zur Weiterqualifikation.

	Gesamt	traditionelles Beschäftigungssystem	jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems		
			Grauzone	Erwerbslos	Gesamt
Promotion	57	18	20	19	39
Zweitstudium	32	6	16	10	26
Fortbildung	21	3	3	15	18
Praktikum	4		4		4
Volontariat	3		3		3
Lehre	3	1	2		2
andere	8	3	3	2	5
Gesamt	128	31	51	46	97

Tabelle 9: Zusätzliche Fort- und Weiterqualifikation nach Stellung im Beschäftigungssystem

Von allen Absolventen in Fort- und Weiterqualifikation wird von 44,5% (N=57) die Promotion als weitere Qualifikation angestrebt, 25% (N=32) absolvieren ein Zweit- oder Aufbaustudium, weitere 16,4% (N=21) nahmen an einer Fortbildungsförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) teil. Einer berufsspezifischen, die Erwerbstätigkeit integrierenden Ausbildung (Volontariat, Lehre, Praktikum) gingen 7,8% (N=10) der Absolventen nach. Weitere 6,2% (N=8) absolvierten andere Zusatzausbildungen.

Jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems gaben 40% (N=39) aller in einem Weiterqualifizierungsverhältnis verbliebenen Absolventen an, zu promovieren. Hiervon waren jeweils die Hälfte erwerbstätig (N=20) bzw. erwerbslos (N=19). Insgesamt als gering muß in diesem Zusammenhang die institutionelle Mittelabsicherung bezeichnet werden : Lediglich 1/3 (N=12) der Absolventen erhielten ein Stipendium.

Ein Zweit- oder Aufbaustudium absolvierten 26,8% (N=26) der Absolventen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems. 61,5% (N=16) dieser Absolventen finanzierten das weitere

Studium über eine Erwerbstätigkeit. 38,5% (N=10) gaben an, erwerbslos zu sein. Schwerpunkte in der Fächerwahl lassen sich dabei kaum ausmachen. So gaben sechs Absolventen als Fachrichtung Jura an, jeweils drei Volkswirtschaftslehre bzw. Betriebswirtschaftslehre und jeweils zwei Mathematik, Islamwissenschaften, Verwaltungswissenschaften und Psychologie. Die restlichen Absolventen gaben jeweils unterschiedliche Fächer an. Inwieweit es sich in diesen Fällen um auf die Politikwissenschaft aufbauende bzw. ergänzende Zweit- und Aufbaustudien handelt oder um weitere Qualifikationen, die zugleich mit einer - möglicherweise arbeitsmarktbedingten - Umorientierung verbunden sind, kann aufgrund des erhobenen Datenmaterials nicht abschließend beantwortet werden.⁵²

An einer vom Arbeitsamt unterstützten Fortbildung nahmen zum Zeitpunkt der Erhebung 18,6% (N=18) der Absolventen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems teil. Hiervon waren 83,3% (N=15) erwerbslos, 16,7% (N=3) gingen zugleich einer Erwerbstätigkeit nach. Entsprechend der stark am Arbeitsmarkt orientierten Fortbildungsangebote der Arbeitsämter nahmen 55% (N=10) dieser Absolventen an einer Fortbildungsmaßnahme aus dem Bereich der EDV teil, die - so ist zu vermuten - mit einer inhaltlichen Umorientierung verbunden sind. Drei weitere absolvierten Fortbildungen aus dem Therapiebereich. Die übrigen Absolventen gaben jeweils unterschiedliche Fortbildungen an.

Als Ausbildungsmotiv wurde auf eine offene Frage einmal auf die schlechte Arbeitsmarktsituation (N=41) hingewiesen, zum anderen die Hoffnung geäußert, durch die Weiterqualifikation (N=52) die individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Antwortpalette reichte von „längerer Arbeitslosigkeit“ und „mangelnden Berufsaussichten als Politologe“ über „Existenzgrundlage schaffen“ bis hin zum Abbau von „Qualifikationsdefiziten“ und „notwendiger weiterer Spezialisierung“, um die „Berufschancen zu erhöhen“. Kennzeichnend ist die Hoffnung, über eine weitere Qualifikation „hoffentlich eine Arbeit zu finden“ oder zumindest für die Zeit der Ausbildung der „unproduktiven Arbeitslosigkeit“ zu entgehen, so ein Stipendiat. Vergleichsweise selten (N=8) wurde angegeben, die weitere Qualifikation zur Realisierung spezieller Berufsvorstellungen zu benötigen, z.B. als „Voraussetzung für den höheren Dienst in Bibliotheken“.

Bezogen auf die drei stärksten Weiterqualifikationsbereiche (Zweit- und Aufbaustudium, Promotion, Fortbildungsförderung nach AFG) lassen sich signifikante Unterschiede der Ausbildungsmotivation erkennen.

Während 80% (N=28) der Absolventen, die angaben zu promovieren und noch 68,2% (N=15) der Absolventen im Zweit- und Aufbaustudium die weitere Qualifikation als Ausbildungsgrundangaben, führen 88,9% (N=16) der Teilnehmer an Qualifikationsmaßnahmen des Arbeitsamts die schlechte Arbeitsmarktsituation als Motiv ihrer Weiterqualifikation an. Die Motivationsangaben verweisen auf die unterschiedliche Nähe bzw. Ferne zum Arbeitsmarkt. Während hinter der Betonung der Qualifikation der fortdauernde Studentenstatus sichtbar wird, kommt hinter

⁵² Auch eine entsprechende offene Frage nach den Gründen für eine weitere Ausbildung gibt hier keinen weiteren Aufschluß. Nur in Einzelfällen läßt sich hieraus ein Zusammenhang zwischen der Wahl eines Studienfachs und dem Studium der Politikwissenschaft erkennen. So studiert z.B. ein Absolvent Journalistik und ist als freier Journalist mit inhaltlichen Bezug zur Politikwissenschaft tätig.

	Qualifikation		Arbeitsmarkt		Angaben machten:
	Anz.	in %	Anz.	in %	
Promotion	28	80,0	11	31,4	35
Zweitstudium	15	68,2	12	54,5	22
Fortbildung	3	16,7	16	88,9	18
Gesamt	46	61,3	39	52,0	75

Tabelle 10: Ausbildungsmotive der Absolventen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems

der Betonung der schlechten Arbeitsmarktlage der erwerbslose Akademiker zum Vorschein. Während die einen möglicherweise von Anfang an eine weitere Qualifikation anstrebten, sahen sich die anderen erst durch die schlechte Arbeitsmarktlage dazu genötigt.

Die materielle Situation der Absolventen in Fort- und Weiterbildung fällt gegenüber den schon schlechten materiellen Verhältnissen in der Grauzone des Arbeitsmarkts abermals ab. 46,7% (N=43) der Absolventen in Fort- und Weiterbildung verfügen lediglich über Mittel bis 1000 DM. Weitere 38% (N=35) über Mittel bis einschließlich 1500 DM. Mehr als 1500 DM haben lediglich 15,3% (N=14) zur Verfügung.

6.3 Erwerbslosigkeit

Erwerbslosigkeit ist für viele Absolventen der Politikwissenschaft kein unbekanntes Problem. Die überwiegende Mehrheit kennt das Problem als kurz- oder längerfristige Periode aus persönlicher Erfahrung. Zeiten der Erwerbslosigkeit sind ein fester Bestandteil der Absolventenbiographien und werden es aller Voraussicht nach auch in Zukunft bleiben: So verfügten lediglich ein Drittel aller Absolventen zum Zeitpunkt der Erhebung über unbefristete Arbeitsverträge. Für die verbleibenden zwei Drittel aller Absolventen gilt je nach Befristungsdauer und Vertragsgrundlage, daß sie kurz- oder mittelfristig direkt von Erwerbslosigkeit zumindest bedroht, wenn nicht gar betroffen sein werden.

Die Erwerbslosenproblematik kann auf der Grundlage der bisherigen Auswertung nicht abschließend erörtert werden. An dieser Stelle kann lediglich der Versuch unternommen werden, die Dimensionen der Erwerbslosigkeit annähernd realistisch einzugrenzen. Je nach Definition und Berechnungsgrundlage lassen sich unterschiedliche Quoten zwischen 6,0% und 26,4% errechnen. Die optimistischste Variante der Berechnungsgrundlage definiert Erwerbslosigkeit als das Fehlen nicht nur jeder Erwerbstätigkeit, sondern auch jedes weiteren Qualifikationsverhältnisses.⁵³ Nach dieser Variante beträgt die Erwerbslosenquote 6,0% (N=29). Wird Erwerbslosigkeit definiert als das Fehlen jeder Erwerbstätigkeit, beträgt die Erwerbslosenquote 15,5% (N=75). Unberücksichtigt bleiben bei dieser Variante der Berechnungsgrundlage die „Teilzeit-

⁵³ Vgl. (Ebbighausen u.a., 1983), (Gröhn, 1984)

arbeitslosen“⁵⁴, deren Erwerbslosigkeit von Intervallen befristeter kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse in der Grauzone des Arbeitsmarkts unterbrochen werden, bzw. deren geringfügige Erwerbstätigkeiten zur Sicherung der Reproduktion allein nicht ausreichen und die auf andere Mittel angewiesen sind. Nach vorsichtiger Berechnung beträgt der Anteil dieser Absolventen 10,9% (N=53). Unter Einbeziehung der „Teilzeiterwerbslosen“ beträgt die Erwerbslosenquote 26,4 % (N=128).

	Erwerbslos		davon beim Arbeitsamt gemeldet	
	Anz.	in %	Anz.	in %
Erwerbslos	29	6	24	83
Erwerbslos und in Ausbildung	46	9,5	22	48
Teilzeiterwerbslos	53	10,9	20	38
Insgesamt	128	26,4	66	51,6

Tabelle 11: Erwerbslose

Gegen die optimistische Variante der Berechnungsgrundlage spricht nicht nur, daß sie hinter den entsprechenden Angaben der Absolventen weit zurückbleibt. Gegen diese Variante der Berechnungsgrundlage spricht auch, daß nicht nur Qualifikationsverhältnisse, die aufgrund von Erwerbslosigkeit eingegangen werden - wie z.B. Fortbildungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz - nicht berücksichtigt werden, sondern auch bei gelegentlichen, kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen eine Erwerbstätigkeit unterstellt wird. Obwohl das Vorliegen einer Erwerbstätigkeit nicht in allen Fällen der „Teilzeiterwerbslosen“ ausgeschlossen werden kann, es sich hierbei möglicherweise zum Teil um gewollte Unterbeschäftigung handelt, rechtfertigen andererseits gerade jene Teilzeiterwerbslosen, die sich über den vorgegebenen Fahrplan des Fragebogens hinwegsetzten und sowohl Angaben im Erwerbslosen- als auch im Erwerbstätigenteil machten, um auf ihre Situation des ständigen Wechsels zwischen Erwerbslosigkeit und kurzfristiger Erwerbstätigkeit hinzuweisen, die Einbeziehung der Teilzeiterwerbslosen in die Erwerbslosenquote. Darüberhinaus ist zu vermuten, daß sich auch hierunter Absolventen befinden, die sich infolge allgemeiner Uninformiertheit bzw. vermeintlicher oder tatsächlich fehlender Anspruchsvoraussetzungen⁵⁵ nicht beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben, obwohl sie faktisch erwerbslos sind.

⁵⁴ Als Indikatoren für „Teilzeitarbeitslose“ wurden Erwerbstätigkeiten unter 19 Wochenstunden und ein Einkommen bis 1000 DM verwendet. Hierunter befinden sich auch jene Absolventen, die sich über den vorgegebenen Fahrplan des Fragebogens hinwegsetzten und sowohl Angaben im Erwerbslosenteil als auch im Erwerbstätigenteil machten. Ferner waren 20 der 53 „Teilzeitarbeitslosen“ zugleich beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet

⁵⁵ Aus der Fülle der hierzu vorliegenden Literatur soll hier exemplarisch nur auf die brauchbarste Darstellung hingewiesen werden: (Arbeitslosenprojekt TuWas, 1988)

7 Zur Typologie der Absolventen

7.1 Konstruktion der Verbleibsgruppen

Um die insgesamt sehr differenzierte Verbleibssituation aller Befragten möglichst übersichtlich darzustellen, wurden Verbleibsgruppen gebildet. Die Konstruktion dieser Gruppen unterteilt im ersten Schritt an Hand des arbeitsrechtlichen Status zwischen vertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnissen (Angestellte, ABM, Beamte, Arbeiter) auf der einen Seite und vertraglich unregulierten Beschäftigungsverhältnissen und Erwerbslosigkeit auf der anderen Seite. Eine Sonderrolle nehmen hierbei die Selbständigen ein, die weder der einen noch der anderen Gruppe zuzuordnen sind und somit eine eigenständige Gruppe bilden. Die weitere Differenzierung der so gewonnenen Gruppen erfolgt anhand unterschiedlicher Kriterien.

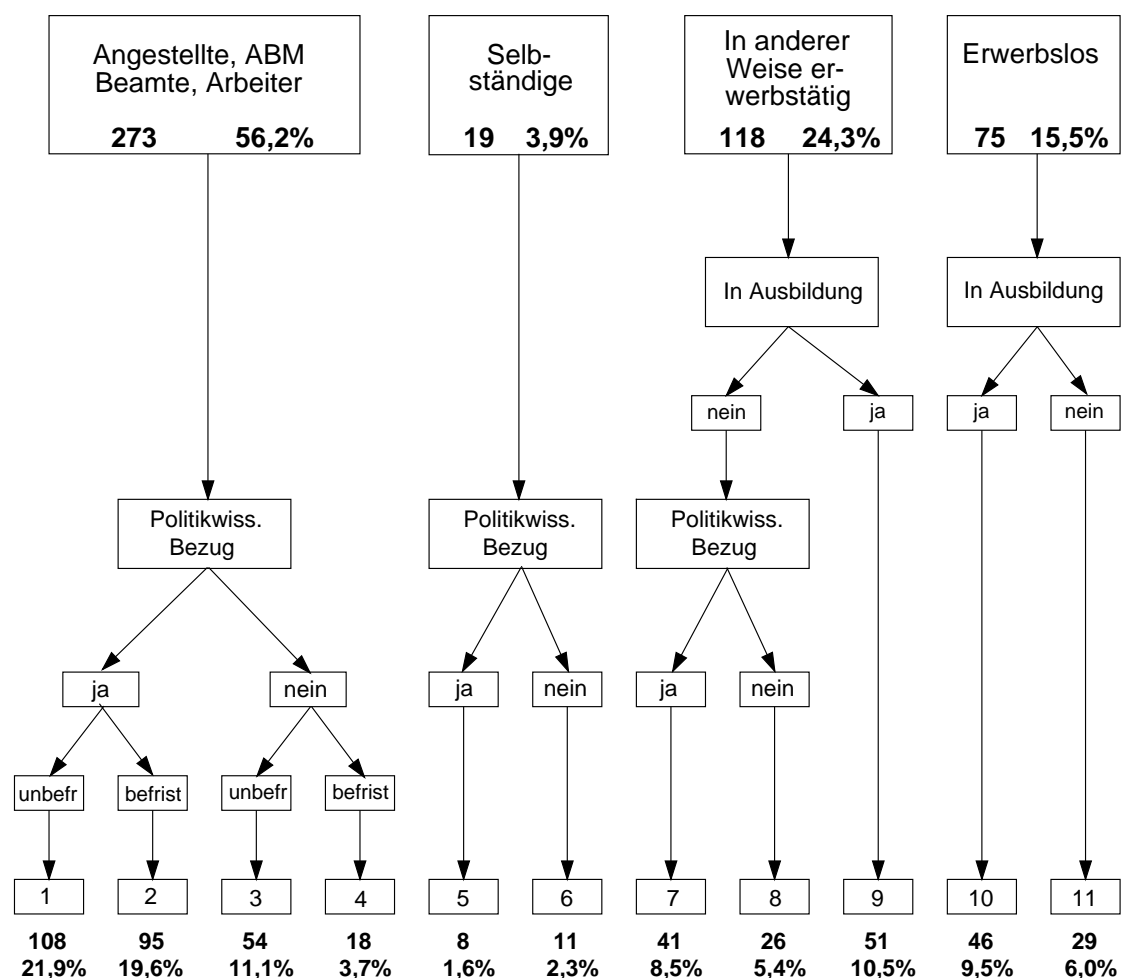


Abbildung 4: Konstruktion der Verbleibsgruppen

Die Gruppe der Absolventen mit einem vertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnis wurde in einem zweiten Schritt zunächst im Hinblick auf den politikwissenschaftlichen Bezug der Tätigkeit weiter aufgeteilt in die Gruppen ohne und mit politikwissenschaftlichem Bezug. In einem weiteren Schritt wurden die beiden so gewonnenen Gruppen anhand des Kriteriums der Befristung ihres Beschäftigungsverhältnisses weiter differenziert. Die Selbständigen wurden lediglich nach dem politikwissenschaftlichen Bezug der Tätigkeit aufgeteilt.

Die Bedeutung dieser Differenzierungskriterien ergibt sich daraus, daß der arbeitsrechtliche Status sowie die mögliche Befristung der Arbeitsverhältnisse wesentliche Indikatoren für das Vorhandensein sozialer und gesellschaftlicher Absicherungen sind. Die Differenzierung nach dem politikwissenschaftlichen Bezug der Tätigkeiten ist dabei der Versuch einer näheren qualitativen Beschreibung der Arbeitsplätze. Obwohl es sich bei der Bestimmung dieses Bezugs um eine individuelle Selbsteinschätzung durch die Befragten handelt, die sich damit der objektiven Nachprüfung entzieht, ergibt sich ihr Wert aus der negativen Abgrenzung zu all denen, die keinen politikwissenschaftlichen Bezug in ihrer Tätigkeit sehen.

Die oben angewandten Kriterien verlieren für die weitere Verbleibsgruppenbildung zum Teil ihre Bedeutung. Vielmehr zeigt die bisherige Untersuchung, daß in den Statusgruppen der „in anderer Weise“ Erwerbstätigen sowie bei den Erwerbslosen vor allem weitere Ausbildungen wahrgenommen werden, die oft genug mit unregelmäßigen Beschäftigungsverhältnissen einhergehen. Daher wurden diese Statusgruppen nach dem Kriterium einer weiteren Ausbildung sowie nach dem politikwissenschaftlichen Bezug ihrer Tätigkeit differenziert.

7.2 Gesamtübersicht

Abbildung 4 gibt einen Überblick über die Gesamtzusammensetzung der Verbleibsgruppen. Es zeigt die Trennungslinie zwischen traditionellem Beschäftigungssystem und dem Bereich jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems: zum traditionellen System zählen die ersten sechs Gruppen, die aus den Statusgruppen der Angestellten, ABM-Beschäftigten, Beamten, Arbeiter und Selbständigen hervorgegangen sind (60,1%). Zum Bereich jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems zählen die Gruppen 7-11, deren Anteil 39,9% beträgt.

7.3 Verbleibsgruppen im traditionellen Beschäftigungssystem

Gruppe 1 ist mit 21,9% aller Absolventen (N=106) die umfangreichste aller Verbleibsgruppen. Sie umfaßt alle Politologen/innen, die in ihrer Tätigkeit einen teilweisen oder sogar überwiegenden politikwissenschaftlichen Bezug sehen und über unbefristete Arbeitsverträge verfügen. Der überwiegende Teil der Angehörigen dieser Gruppe ist darüberhinaus mit Vollzeitverträgen⁵⁶ ausgestattet. Fast ein Drittel der Angehörigen dieser Gruppe sind im Bereich von Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen und Verbänden als Sekretäre, Referenten, Geschäftsführer sowie als hauptamtliche pädagogische Mitarbeiter beschäftigt. Darüberhinaus haben etwa jeweils ein Fünftel

⁵⁶ Mit einer vertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit von mehr als 34 Stunden.

Zur Typologie der Absolventen

Verbleibsgruppen im traditionellen Beschäftigungssystem

der Angehörigen dieser Gruppe ihren Arbeitsplatz in der öffentlichen Verwaltung (als persönliche Referenten, höhere und wissenschaftliche Angestellte) sowie als festangestellte Journalisten und Redakteure im Mediensektor.

Gruppe	N=	% (485)	Arbeitszeit in Stunden	Std.	% (485)	Befristung in Monaten	N=	% 485
1	106	21,9	bis 19	3	0,6	unbefristet		
			20 bis 34	16	3,3			
			über 34	81	16,7			
			K.A.	6	1,2			
2	95	19,6	20 bis 34	45	9,3	bis 12	29	6,0
			über 34	44	9,1	13-24	30	6,2
			K.A.	6	1,2	25-36	10	2,1
						37-60	22	4,5
						über 60	2	0,4
						K.A.	2	0,4
3	54	11,1	bis 19	2	0,4	unbefristet		
			20 bis 34	9	1,9			
			über 35	39	8,0			
4	8	3,7	20 bis 34	6	1,2	bis 12	12	2,5
			über 34	11	2,3	13 bis 24	2	0,4
			K.A.	1	0,2	über 25	2	0,4
						K.A.	2	0,4

Tabelle 12: Die Verbleibsgruppen im traditionellen Beschäftigungssystem

Die Absolventen der Gruppe 2 erblicken in ihrer Tätigkeit ebenfalls einen politikwissenschaftlichen Bezug, verfügen aber nur über Zeitverträge, von denen wiederum mehr als die Hälfte Teilzeitverträge sind. Diese Gruppe umfaßt 19,8 % (N=95) aller Befragten. Mehr als die Hälfte der Absolventen dieser Gruppe sind mit einer Dauer von bis zu 2 Jahren beschäftigt. Mehr als ein Drittel (N=34) dieser Gruppe verfügen über längerfristige Verträge. Etwa ebenso viele (N=30) arbeiten auf der Grundlage von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der herausragende Beschäftigungsbereich sind Hochschulen und Forschungsinstitute, die mehr als die Hälfte aller Gruppenangehörigen als wissenschaftliche Mitarbeiter und Angestellte absorbiert. Auch in dieser Gruppe sind wiederum mehr als ein Fünftel im Bereich von Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen und Verbänden beschäftigt.

Gruppe 3 umfaßt 11,1% (N=54) alle Absolventen, deren Tätigkeit nach eigener Einschätzung keinen politikwissenschaftlichen Bezug aufweist, die aber über unbefristete Arbeitsverträge verfügen. Etwa drei Viertel (N=39) verfügen über eine Vollzeitstelle. Dem fehlenden studienadäqua-

Zur Typologie der Absolventen

Verbleibsgruppen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems

ten Bezug entspricht, daß zwei Drittel aller Beschäftigten dieser Gruppe im privaten Dienstleistungsgewerbe sowie in Handel, Industrie und verarbeitendem Gewerbe beschäftigt sind. EDV-Tätigkeiten und kaufmännische Berufe sind in dieser Gruppe überproportional vertreten.

In Gruppe 4 befinden sich diejenigen Absolventen, die über einen fehlenden politikwissenschaftlichen Bezug hinaus über befristete Arbeitsverträge verfügen. Diese Gruppe umfaßt 3,7% (N=18) Diplompolitologen, von denen 12 Befragte bis zu einem Zeitraum von maximal 12 Monaten - allein sechs sind ABM-Kräfte - beschäftigt sind. Immerhin haben die meisten Angehörigen dieser Gruppe Vollzeitverträge. Sie sind überwiegend im gewerblichen Bereich sowie in sozialberuflichen Diensten beschäftigt, Tätigkeiten also, für die überwiegend der Hochschulabschluß nicht vorausgesetzt wird.

7.4 Verbleibsgruppen jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems

Diese Verbleibsgruppen sind aus den arbeitsrechtlichen Statusgruppen der „in anderer Weise“ Erwerbstätigen sowie der Erwerbslosen hervorgegangen. Da diese Ausdifferenzierung bereits im Kapitel 6 beschrieben wurde, soll hier nur auf die Kurzcharakteristika dieser Gruppen eingegangen werden.

In Gruppe 7 (N=41, 8,5%) sind Absolventen vertreten, deren unregelmäßige Beschäftigungsverhältnisse einen politikwissenschaftlichen Bezug aufweisen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Beschäftigte des Medienbereichs und der Erwachsenenbildung. Diese Gruppe ist vor allem durch eine vergleichsweise hohe Korrelation zwischen Praktikum während des Studiums und der beruflichen Tätigkeit charakterisiert. Darüberhinaus zeichnen sich die Gruppenangehörigen durch einen vergleichsweise hohen Aktivitätsgrad während des Studiums in Bürgerinitiativen, Projekten, Parteien etc. aus.

Zu Gruppe 8 (N=26, 5,4%) zählen überwiegend Absolventen, deren Beschäftigungsverhältnisse keinen politikwissenschaftlichen Bezug aufweisen. Überwiegend handelt es sich hierbei um Beschäftigte im privaten Dienstleistungsgewerbe – u.a. 6 Taxifahrer – sowie im sozialberuflichen Bereich und im Handel.

In Gruppe 9 (N=51, 10,5%) sind Promovenden und Studierende im Zweit- bzw. Aufbaustudium vertreten, die zugleich einer Erwerbstätigkeit nachgehen sowie weiterhin Absolventen, deren weitere Ausbildung (Referendariat, Volontariat, Umschulung, Lehre etc) in eine Erwerbstätigkeit integriert ist.

Zu Gruppe 10 (N=46, 9,5%) zählen all diejenigen, die im Aus- bzw. Fortbildungssystem verblieben sind (Promotion, Umschulung, Zweit-, Aufbaustudium), ohne erwerbstätig zu sein.

In Gruppe 11 (N=29, 6,0%) sind schließlich all jene Absolventen vertreten, die zum Zeitpunkt der Befragung erwerbslos waren und auch in keinem Ausbildungsverhältnis standen. Nahezu 85% dieser Gruppenangehörigen sind beim Arbeitsamt als arbeitslos registriert, die Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt bei mehr als der Hälfte weniger als ein Jahr. Der überwiegende Teil der beim Arbeitsamt Registrierten finanziert seinen Lebensunterhalt vorwiegend durch Lohnersatzleistungen. Die relativ kurze Dauer der Arbeitslosigkeit als auch die Höhe der

Leistungsbezüge sind Anhaltspunkte für eine zurückliegende, möglicherweise sogar adäquate Beschäftigung.

7.5 Die Selbständigen als Sonderfall innerhalb des traditionellen Beschäftigungssystems

Den beiden Verbleibsgruppen 5 und 6, die aus der Statusgruppe der Selbständigen hervorgehen, ist gemeinsam, daß sich in ihnen fast ausschließlich Männer befinden (nur in Gruppe 6 ist eine Politologin) sowie fast ausschließlich in Berlin Wohnende anzutreffen sind.

In der Gruppe 5 (mit politikwissenschaftlichem Bezug, N=8) befinden sich drei Rechtsanwälte, 2 Journalisten, ein PR-Berater, ein Geschäftsführer sowie ein Verlagsvertreter.

Bei der Gruppe 6 (ohne politikwissenschaftlichen Bezug, N=11) liegen die Tätigkeiten vor allem im Bereich der privaten Dienstleistung, Handel, Gewerbe und Industrie. Es handelt sich vor allem um Taxiunternehmer, kaufmännische Berufe sowie selbständige Geschäftsführer.

8 Wege zur Berufsfindung

Wie bei vielen anderen Studiengängen bietet auch das Tätigkeitsbild eines Diplom-Politologen ein weitgefächertes Berufsfeld. Auf den ersten Blick ergibt sich kein zwingender Zusammenhang zwischen bestimmten Berufsfindungsstrategien und der ausgeübten Berufstätigkeit. Es lassen sich aber an bestimmten Punkten und, mit Abstrichen, in einigen Beschäftigungsbereichen bestimmte gemeinsame Merkmale feststellen, die eine begrenzte Aussagemöglichkeit zulassen. Tabelle 13 zeigt, auf welche Weise die Absolventen den Hinweis auf ihre Stelle erhalten haben:

	Angaben insg. (Mehrfachnennung)	Davon nur diese Vermittlungsart
Stellenanzeige	68	47
Kontakte (Arbeitgeber, Beschäftigte)	151	106
Hinweise durch Dritte	44	28
Arbeitsamt	14	11
Stelle selbst geschaffen	31	13
Sonstiges	11	11
Gesamt	319	212

Tabelle 13: Stelle erhalten über ...

39% der Absolventen (N=106), die mit einem regulären Arbeitsvertrag beschäftigt sind, gaben an, die Stelle ausschließlich über persönliche Kontakte mit den Arbeitgebern bzw. den dort Beschäftigten erhalten zu haben. Weitere 16,6% (N=45) nannten die persönlichen Kontakte in Kombination mit anderen Informationen.

Neben den persönlichen Kontakten haben die Stellenanzeigen (N=68) bzw. Hinweise durch Dritte (N=44) eine Bedeutung für die Berufseinfädung. Inwieweit hier die Bewerbung auf eine Zeitungsannonce erfolgreich war, kann schwer nachgeprüft werden. Von insgesamt 68 Absolventen nannten immerhin 47 ausschließlich diese Vermittlungsart. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um die Beschäftigungsbereiche Private Dienstleistungen, Industrie, aber auch um den Hochschul- und Forschungsbereich. Die übrigen gaben eine Kombination aus Stellenanzeige, Eigenkontakten (N=18) bzw. Hinweisen durch Dritte (N=5) an.

Eine Stelle selbst initiieren konnten 31 Absolventen. Das Arbeitsamt war für insgesamt 14 Politologen ausschlaggebend für die Berufseinfädung. Darunter befinden sich zwei EDV-Umschüler, die übrigen 12 wurden in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelt.

Die Art und Weise der Berufseinfädung läßt sich weiter differenzieren, wenn man die bisher genannten Kategorien auf die jeweiligen Beschäftigungsbereiche bezieht. Tabelle 14 gibt hierzu eine Übersicht.

Von den Absolventen, die in einem arbeitsvertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnis stehen, hatten wir zunächst angenommen, daß sich unter ihnen ein erheblicher Teil jener befinden würde, die ihre jetzige Tätigkeit aufgrund bestimmter Zusatzqualifikationen erhalten hätten. Der hohe Absolventenanteil in den Bereichen Verwaltung, Sozialberufliche Tätigkeiten sowie private Dienstleistungen legten den Schluß nahe, daß sich hier ein hoher Grad an zusätzlichen (wissenschaftlichen) Qualifikationen ermitteln ließe. Dies ist nur in Teilbereichen der Fall. So hat fast die Hälfte der Absolventen im Industriebereich eine Fortbildung gemacht. Im Bereich der Verwaltung und im sozialberuflichen Bereich läßt sich die Vermutung, daß Beschäftigungen hier nur über ein zusätzliches Studium etc. erreichbar seien, nur bedingt erhärten. Die sozialberuflich Tätigen konnten offenbar ihre Studieninhalte auch auf den momentanen Arbeitsbereich übertragen. Nur so ist zu erklären, daß sich unter ihnen nur eine Absolventin fand, die ein Pädagogikstudium zusätzlich abgeschlossen hatte. Von den im Verwaltungsbereich beschäftigte Politologen hatten 3 in Politikwissenschaft promoviert, einer hatte einen zusätzlichen wissenschaftlichen Abschluß als Historiker sowie ein Publizist, zwei Volkswirte und drei mit anderen zusätzlichen Abschlüssen (von 46 insg.), allerdings kein Politologe mit zusätzlicher juristischer Ausbildung.

Eine strukturelle Benachteiligung von Frauen konnte direkt nicht ermittelt werden. Dies bezieht sich zumindest auf die Verteilung innerhalb der Statusgruppen sowie die Bewerbungserfahrungen. Gleichwohl gibt es einige, wenn auch nicht charakteristische Unterschiede gegenüber den männlichen Absolventen.

Die Annahme, in „frühen Jahren“ mit nur wenig Semestern Diplom zu machen würde sehr gute Voraussetzungen für einen Arbeitsplatz bedeuten, mag zwar in anderen Studiengängen gelten, nicht jedoch für das Politikstudium. Wir untersuchten sowohl Absolventen, die entweder 10 Semester bis zum Diplom gebraucht haben als auch Absolventen, die dies bis zum 25. Lebens-

Wege zur Berufsfindung

Bereich:	Stellen- anzeige	eigener Kontakt	über Dritte	Arbeits- amt	selbst gesch.	Sonst.	Insg.
Öfftl. Verwaltung	9	24	8	2	3	2	42
Uni/Forschung	16	25	12	3	3	1	49
Verbände	6	18	5	3	5	1	29
Stiftungen	1	8			2		9
Parteien	3	6	1		1		10
Gewerkschaften	2	6	1				7
Medien	4	17	3		3	1	23
Verlage	1	2		1			5
Kirche	1	4	1		1	1	6
Handel	1	2	1		1		4
Verarb. Gewerbe	1	2			1		3
Industrie	7	4	1	1		3	15
Freizeit/Infrastr.		2	1		1		3
Sozialbereich	3	15	2	3	5		25
Priv. Dienstleist.	13	10	4	1	2	2	27
Sonstiges		4	2	1	1		5
Diverse Bereiche		2			1		2
K.A.							7
Insgesamt:	68	151	44	14	31	11	271

Tabelle 14: Berufseinfädelerung nach Beschäftigungsbereichen

jahr geschafft haben. Beides wären Gruppen, die ihr Diplom relativ zügig in Angriff genommen hätten. Aber das Ergebnis unterschied sich, hinsichtlich der Berufstätigkeit, nicht wesentlich von den Durchschnittswerten aller Absolventen. Der Grund hierfür ist hauptsächlich in der spezifischen Arbeitsmarktsituation zu finden, in der neben den während des Studiums erworbenen Kenntnissen sowohl bestimmte Zusatzqualifikationen gefragt sind (etwa EDV-Kenntnisse, nicht unbedingt über eine zusätzliche *wissenschaftliche* Qualifikation bedingt), als auch Kenntnisse über die Beschäftigungsbereichen (z.B. Medien, Verwaltung).

Ein etwas überraschendes Bild ergab der Vergleich zwischen aktueller Berufstätigkeit und dem Jahr des Diplomerwerbs. Die ursprüngliche Überlegung, daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Studienende auch eine zunehmende Tendenz hinsichtlich entsprechender Arbeitsverträge existiert, hat sich nicht bestätigt. Zwar finden sich in der Statusgruppe „Selbständige“ überwiegend „ältere“ Jahrgänge. Betrachtet man allerdings die übrigen Statusgruppen und schlüsselt sie sowohl nach Befristung als auch nach Beschäftigungsbereichen auf, ergibt sich kein zwingender Zusammenhang zwischen der „Verweildauer“ auf dem Arbeitsmarkt und der

vollzogenen Einfädung in ein Arbeitsverhältnis. Lediglich bei den „in anderer Weise“ Erwerbstätigen (Honoraraufträge, Werkverträge etc.) finden sich häufiger die Absolventen, die ihr Diplom vor noch nicht allzu langer Zeit absolviert haben, was jedoch nicht verwunderlich ist. Die bedeutet aber auch umgekehrt, daß die älteren Diplomjahrgänge ebenso von Arbeitslosigkeit betroffen sind wie fast alle übrigen Jahrgänge.

Die Feststellung der vorangegangenen Verbleibsstudie, daß bei zunehmendem „Aktivitätspotential“ während des Studiums eine Tendenz zu positiver Berufseinfädung besteht, gilt auch für unseren Untersuchungszeitraum. Die bloße Mitgliedschaft in diversen Verbänden, Parteien oder Gewerkschaften reicht dabei nicht aus. Auffälliger sind vor allem eigene Aktivitäten sowohl innerhalb des Hochschulbereichs als auch außeruniversitäre Schwerpunkte. Der späteren Tätigkeit im Universitäts- und Forschungsbereich ging sehr oft eine studentische Hilfskraftstelle voraus, die meistens über ein Jahr dauerte. In den anderen Bereichen, verstärkt bei den sozialberuflichen Tätigkeiten, wurde besonders oft eine Mitarbeit in Projekten, Bürgerinitiativen etc. genannt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß für eine spätere Einfädung in ein Arbeitsverhältnis nicht nur die reinen Studienleistungen bzw. Studienschwerpunkte ausschlaggebend sind. Immerhin spielten in den „klassischen“ Beschäftigungsbereichen Verwaltung, Verbände, Parteien die Studienschwerpunkte bei der Einstellung noch eine Rolle. Vielmehr ist für die spätere Berufsfindung eine ganze Kette von Einflußfaktoren ausschlaggebend. Ein „Königsweg“ zu späterer erfolgreicher Berufstätigkeit besteht daher nicht.

9 Resümee

Die vorliegende Untersuchung zeigt, daß von den zwischen 1979 und 1986 diplomierten Politologen ein Drittel unbefristet arbeitet. Zwei Drittel sind entweder mit Zeitverträgen unterschiedlichster Dauer bis hin zu Gelegenheitsarbeiten beschäftigt oder erwerbslos. Die Beschäftigungssituation der Diplom-Politologen zeichnet sich durch einen hohen Grad an Instabilität aus. Hier von sind in erster Linie Arbeitsverhältnisse jenseits des traditionellen Beschäftigungssystems betroffen. Diese Instabilität reicht allerdings weit in das traditionelle Beschäftigungssystem hinein: über 40% der hier Beschäftigten hat einen befristeten Arbeitsvertrag. Dies ist zunächst nicht weiter verwunderlich, da ein großer Teil der so Beschäftigten im Universitäts- und Forschungsbereich arbeitet und diese Stellen in der Regel von vornherein befristet sind. Hierzu zählen aber auch Tätigkeiten in der Verwaltung, in sozialen Diensten und in Verbänden. Darüberhinaus gehören zu den Zeitbeschäftigten aber auch Absolventen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die allein etwa ein Drittel aller Zeitverträge im traditionellen Beschäftigungssystem ausmachen.

Ungeachtet einer (evtl.) zeitlichen Befristung des Beschäftigungsverhältnisses bleibt festzuhalten, daß 60% aller erfaßten Absolventen einer arbeitsvertraglich geregelten Beschäftigung im traditionellen Beschäftigungssystem nachgehen. Demgegenüber steht mit 40% ein relativ hoher Anteil an Absolventen, die kein Beschäftigungsverhältnis im traditionellen Beschäftigungssystem erreicht haben. Zu diesen 40% zählen Politologen, die auf Basis von Honoraraufträgen etc.

einer Erwerbstätigkeit nachgehen, Erwerbslose sowie Absolventen, die in einem weiteren Ausbildungsverhältnis standen. Lediglich ein geringer Anteil von nicht einmal 10% (N=17) dieser Absolventen kann trotz Mangel an institutioneller Absicherung zu den beruflich „Etablierten“ gerechnet werden. Hierbei handelt es sich insbesondere um einige freie Mitarbeiter im Medienbereich. Im Gegensatz hierzu muß für den verbleibenden Rest von 36,3% (N=176) aller befragten Absolventen eine Verbleibssituation zwischen quantitativer und qualitativer Unterbeschäftigung und Erwerbslosigkeit konstatiert werden, die darüberhinaus durch die Wahrnehmung weiterer Qualifikationsmöglichkeiten überlagert werden bzw. hierin ihren Ursprung haben.

Die Untersuchung zeigt eine enorme Breite an Beschäftigungsbereichen für Politikwissenschaftler, die weit über die als traditionell angesehenen Beschäftigungsfelder hinausgeht. Drei Viertel aller Absolventen sind in sechs Beschäftigungsbereichen (Uni/Forschung, Medien, Private Dienstleistungen, Verwaltung, Soziales, Verbände), die restlichen in weiteren elf Bereichen tätig. Es zeigt sich, daß trotz aller gesellschaftlichen Veränderungen nach wie vor der öffentliche und halböffentliche Dienst etwa ein Drittel aller Absolventen aufnimmt. Darüberhinaus ist es offensichtlich auch gelungen, einige Bereiche für Politologen auszubauen. Hierzu zählen in erster Linie der Mediensektor sowie der Bereich der Privaten Dienstleistungen. Diese beiden Bereiche haben im Vergleich zur Vorgängerstudie eine erhebliche Ausweitung erfahren. Für den Bereich der Privaten Dienstleistungen kann vermutet werden, daß diese Ausweitung Ergebnis individueller Ausweichstrategien ist. Die hohe Anzahl an Absolventen in einigen Bereichen korreliert jedoch in vielen Fällen mit einer festen Beschäftigung. So arbeiten beispielsweise im Medienbereich mehr als die Hälfte der Absolventen als freie Mitarbeiter und im sozialen Bereich liegt dieser Anteil bei 41%. Immerhin ist zu konstatieren, daß entgegen der Annahme der Vorgängerstudie traditionelle Beschäftigungsbereiche wie Verwaltung, Medien etc. nicht „dicht“ sind, sondern durchaus Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, wenn auch in vielen Fällen ohne Arbeitsvertrag.

Differenzierende Merkmale der Absolventen hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zum traditionellen bzw. jenseitigen Beschäftigungssystem konnten nicht festgestellt werden. Entgegen der in der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verbreiteten These, es handele sich bei dem Zeitraum zwischen Hochschulabschluß und erster Berufsanstellung um eine Übergangsphase, die schließlich in ein festes Beschäftigungsverhältnis einmündet, deuten unsere Ergebnisse auf ein völlig anderes Bild hin. Die extreme Instabilität der Arbeitsverhältnisse, die Labilität der Honorar- und Verkaufträge sowie die fließenden Übergänge zwischen geringfügiger Beschäftigung und Erwerbslosigkeit deuten auf einen Rotationsarbeitsmarkt hin. Zeiten befristeter Beschäftigung wechseln mit Phasen unsteter Einkommenserzielung bis hin zur Erwerbslosigkeit ab. Die Zugehörigkeit zum traditionellen Beschäftigungssystem ist für einige nur kurz- bzw. mittelfristig: Nach Ablauf des befristeten Arbeitsvertrags sind die Absolventen entweder (wieder) arbeitslos, finanzieren sich über Honorar- bzw. Verkaufträge oder erhalten einen weiteren befristeten Arbeitsvertrag. Das Charakteristische daran ist die fließende Grenze zwischen den beiden Beschäftigungssystemen. Die These, daß dieser „Drehtüreffekt“ zwischen Beschäftigung und Nichtbeschäftigung irgendwann einmal in ein festes Beschäftigungsverhältnis mündet („irgendwann wird's schon klappen“), kann aufgrund dieser Untersuchung nicht bestätigt werden. Von

dieser Konstellation sind zwei Drittel der Absolventen betroffen.

Spezifische Charakteristika, die auf eine strukturelle Benachteiligung von Frauen hindeuten, konnten nicht gefunden werden. Ihr Anteil an den Erwerbslosen, den Honorarkräften bzw. den Angestellten war jeweils proportional ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Absolventen. Allerdings fallen einige Besonderheiten auf. In den Beschäftigungsbereichen Soziales, Verwaltung und Medien sind Frauen überrepräsentiert. Das „Aktivitätspotential“ der Frauen ist höher als das männlicher Absolventen. Dies betrifft die Mitarbeit in Projekten und Bürgerinitiativen etc. während als auch nach dem Studium. Von den Honorarkräften hatten Politologinnen den höheren politikwissenschaftlichen Bezug zur Tätigkeit. Gleiches gilt für die unbefristet Beschäftigten. Der höhere politikwissenschaftliche Bezug korreliert hier jedoch nicht mit dem erzielten Einkommen. In den auch finanziell entsprechend dotierten „Spitzenpositionen“ Spitzenpositionen sind fast ausschließlich Männer vertreten.

Unsere Untersuchung zeigt, daß formale Kriterien wie Diplomnote, Thema der Diplomarbeit oder auch die Anzahl der studierten Semester für eine spätere Berufstätigkeit keine zwingenden Auswirkungen haben. Angesichts der hohen Zahl von Absolventen, die sich auf dem Rotationsarbeitsmarkt befinden, ist es vielmehr immer wichtiger geworden, sich ein persönliches Kontaktnetz zu knüpfen, das zu einer späteren Berufsanstellung verhelfen könnte: ausschlaggebend für die Berufsfindung waren hauptsächlich die persönlichen Kontakte mit Arbeitgebern, Beschäftigten etc. Eine nicht zu unterschätzende Funktion spielte hierbei das Praktikum, das erstaunlich viele als Ausgangspunkt für eine spätere Berufstätigkeit nutzen konnten. Angesichts der großen Bedeutung persönlicher Kontakte wäre genau hier der Punkt, an dem der Fachbereich flankierend eingreifen könnte, um die Berufschancen der Absolventen zu verbessern. Dazu könnte eine verstärkte Hilfe bei der Suche nach berufsvorbereitenden Praktikas kommen (hier wären alle Mitglieder des Fachbereichs angesprochen) als auch eine verstärkte Einbeziehung der Studenten in die Forschungspraxis mit außeruniversitären Kontakten (so eine der Hauptforderungen der Absolventen).

10 Änderungen gegenüber der Vorgängerstudie

Die Vergleichbarkeit der für die Jahrgänge 1974 bis 1979 durchgeführten Analyse mit dieser nunmehr vierten Verbleibsuntersuchung der Berliner Diplom-Politologen, die die Absolventen der Jahrgänge 1979-1986 umfaßt, leidet unter den unterschiedlichen Auswertungsverfahren. Die Ergebnisse der Studien können nicht ohne weiteres aufeinander bezogen werden. Da ein Rückgriff auf den Rohdatensatz der Vorgängerstudie in aufbereiteter Form nicht möglich war, mußte auf eine Sekundäranalyse verzichtet werden. Um dennoch zu einer groben Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Studien zu gelangen, wurde entsprechend den Kriterien des Auswertungsverfahrens der Vorgängerstudie eine Modellrechnung der „Formen qualitativer und quantitativer Beschäftigung“ mit dem Datensatz der Jahrgänge 1979-1986 aufgefüllt und um die Formen der Erwerbslosigkeit erweitert. Analog zur Vorgängerstudie wurden die erwerbstätigen Absolventen an Hand der Kriterien (qualitativ: ausbildungsadäquat/inadäquate Beschäftigung; quantitativ:

Änderungen gegenüber der Vorgängerstudie

		qualitativ					
		adäquad			inadäquad		
vor-	handen	I.	Gr.1	106	II.	Gr.3	54
			Gr.2	93		Gr.4	13
			Gr.5	8		Gr.6	11
				—			—
				207			78
Absicherung			in %:	42,7 (42,8)		in %:	16,1 (12,4) 58,8% (55,2%)
nicht	vor-	III.	Gr.2	2	IV.	Gr.4	5
			Gr.7	41		Gr.8	26
			Gr.9	23		Gr.9	28
				—			—
				66			59
			in %:	13,6 (15,8)		in %:	12,2 (6,0) 25,8% (21,8%)
Summe:				273			137
			in %:	56,3 (58,5)		in %:	28,3 18,4 84,6% (76,9%)
nicht	Beschäftigte	V.	Gr.10	46	VI.	Gr.11	29
				—			—
				46			29
			in %:	9,5 (18,0)		in %:	6,0 (4,9) 15,5% (22,9%)

Tabelle 15: Vergleich der Formen qualitativer und quantitativer Beschäftigung und der Formen der Erwerbslosigkeit

Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung vorhanden/nicht vorhanden) in vier Gruppen unterteilt.⁵⁷ Um insgesamt zu einem Vergleich zu gelangen, wurde diese Modellrechnung um die Formen der Erwerbslosigkeit erweitert. Unter Einbeziehung der beiden Erwerbslosenformen ergeben sich insgesamt sechs Gruppen.

Feld I: 42,7% (gegenüber 42,8% der Vorgängerstudie) der beschäftigten Absolventen sind als Sozialwissenschaftler mit einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr beschäftigt (sozialwissenschaftlicher Arbeitsmarkt mit Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses).

Feld II: 16,1% (gegenüber 12,4%) sind nicht entsprechend ihrer sozialwissenschaftlichen

⁵⁷ Vgl. Ebbighausen, R. u.a. (1983), S.120.

Ausbildung, aber mit einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr beschäftigt (Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung vorhanden).

Feld III: 13,6% (gegenüber 15,8%) sind dem „akademischen Grauen Markt“ zuzurechnen: qualitativ ausbildungsadäquat beschäftigt, jedoch arbeitsvertraglich nicht zureichend abgesichert (Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung nicht vorhanden).

Feld IV: 12,2% (gegenüber 6,0%) können weder ihre Qualifikation anwenden, noch haben sie ein zureichend abgesichertes Beschäftigungsverhältnis, aus dem sich nach Beendigung ein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung ergibt (nicht akademischer Grauer Markt, Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung nicht vorhanden).

Feld V: 9,5% (gegenüber 18,0%) sind nicht erwerbstätig, gehen aber einer Weiterqualifikation nach (Erwerbslos/Weiterqualifikation).

Feld VI: 6,0% (gegenüber 4,9%) gehen weder einer Erwerbstätigkeit noch einer Weiterqualifikationsmöglichkeit nach (Erwerbslos).

Bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber dem groben Vergleich der beiden Studien zeigt sich entgegen unseren eher pessimistischen Erwartungen auf den ersten Blick ein überraschend erfreuliches Ergebnis:

- Trotz eines Anstiegs der Absolventenzahlen um 44% gegenüber dem vorherigen Untersuchungszeitraum ist es wiederum 42,7% der Absolventen (gegenüber 42,8% der Vorgängerstudie) gelungen, eine ihrer Ausbildung adäquate Beschäftigung als Sozialwissenschaftler mit einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr einzunehmen.
- Als erfreulich ist weiterhin zu bezeichnen, daß der Anteil der Absolventen mit einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis von mindestens einem Jahr Dauer mit 58,8% gegenüber der Vorgängerstudie (55,2%) sogar prozentual leicht zugenommen hat. Die Zunahme der abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse ist allerdings auf eine Ausweitung der sozialwissenschaftlich inadäquaten Beschäftigungen zurückzuführen (16,1% gegenüber 12,4% der Vorgängerstudie).
- Prozentual als auch absolut zugenommen haben allerdings auch Beschäftigungsverhältnisse, die keiner Sozialversicherungspflicht unterliegen beziehungsweise einer Vertragsdauer von weniger als einem Jahr aufweisen (25,8% gegenüber 21,8% der Vorgängerstudie). Auch innerhalb dieser nicht hinreichend abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse beruht die Zunahme auf einer Ausweitung der sozialwissenschaftlich inadäquaten Beschäftigungen (12,2% gegenüber 6,0%), und hier sogar zu Lasten der sozialwissenschaftlich adäquaten Beschäftigungsverhältnisse (13,6% im Vergleich zu 15,8% der Vorgängerstudie).

Änderungen gegenüber der Vorgängerstudie

- Die Zunahme der sozialwissenschaftlich inadäquaten Beschäftigungsverhältnisse um 10% (von 18,4% auf 28,3%) ist zum geringen Teil aus einer prozentualen Abnahme der sozialwissenschaftlich adäquat beschäftigten Absolventen (von 58,5% der Vorgängerstudie auf 56,3% dieser Untersuchung), zum überwiegenden Teil aber aus dem Rückgang der Nicht-Beschäftigten (von 22,9% auf 15,5% dieser Untersuchung) zurückzuführen.
- Der auf den ersten Blick positiv zu bewertende Rückgang des Anteils der Nicht-Beschäftigten von 22,9% auf 15,5% dieser Untersuchung beruht nach diesem Vergleich auf einem leichten Anstieg der völlig Erwerbslosen von 4,9% auf 6,0% und einer scheinbaren Abnahme der Absolventen von 18,0% auf 9,5%, die Weiterqualifikationsmöglichkeiten wahrnehmen. Tatsächlich ist allerdings der Anteil der Absolventen, die Weiterqualifikationsmöglichkeiten wahrnehmen, um 2% von 18% auf 20% gestiegen. Dieser Widerspruch ist darauf zurückzuführen, daß der Anteil an Absolventen, die auf eine begleitende Berufstätigkeit zur Finanzierung ihrer Weiterqualifikationsmöglichkeiten angewiesen sind (Gruppe 9), stark angestiegen ist (10,5%). Dies deutet darauf hin, daß die institutionelle Absicherung von Weiterqualifikationen gegenüber der Vorgängerstudie stark abgenommen hat. Zunehmend sind Absolventen darauf angewiesen, Weiterqualifikationen durch begleitende Berufstätigkeit in der Grauzone des Arbeitsmarkts zu finanzieren.

References

- Arbeitslosenprojekt TuWas. (1988). *Leitfaden für Arbeitslose. Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik. Band 3. Herausgegeben von der Fachhochschule Frankfurt/Main, Fachbereich Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 7. Auflage. Frankfurt/Main*
- Baethge, M. (1986a). *Studium und Beruf. Neue Perspektiven für die Beschäftigung von Hochschulabsolventen. Freiburg.*
- Baethge, V. (1986b). Quantitative Entwicklung im Bereich Hochschule und Forschung. In: Baethge, M. (Hrsg.), *Studium und Beruf. Neue Perspektiven für die Beschäftigung von Hochschulabsolventen. Freiburg.*
- Bundesanstalt für Arbeit (1988). *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Nr. 5. Nürnberg.*
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1988). *Wochenbericht. Nr. 9.*
- Ebbighausen u.a., R. (1983). Berliner Politologen auf dem Arbeitsmarkt - Suche nach einer neuen Identität? Eine empirische Verbleibsstudie über die Absolventenjahrgänge 1974-1980. *Politische Vierteljahresschrift (PVS), 1.*
- Frerk, C. (1981). *Möglichkeiten und Grenzen der Praxisorientierung des Studiums von Politologen. Eine empirische Analyse. Berlin.*
- Grühn, D. (1984). *Sozialwissenschaftler in der Grauzone des Arbeitsmarktes, of Schriftenreihe des Berufsverbandes Deutscher Soziologen e.V., Band 7. Bielefeld.*
- Hartung, D. (1970). *Politologen im Beruf. Zur Aufnahme und Durchsetzung neuer Qualifikationen im Beschäftigungssystem. Stuttgart.*
- Hegelheimer, A. (1985). Akademikerbeschäftigung im Wandel. Tendenzen und Perspektiven. In: Kaiser, M. (Hrsg.), *Berufliche Verbleibsforschung in der Diskussion. Materialienband 3. Hochschulabsolventen beim Übergang in den Beruf., Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB, Band 90.3. Nürnberg.*
- Mertens, D. (1980). Neue Grauzonen des Erwerbsverhaltens? *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (2).*
- Müller-Merbach, H. (1988). Die Unis brauchen Marktwirtschaft. *Die Welt, (9.2).*
- Rentropp, G. (1978). Berufspraxis Politologen I, Besser Generalist als Spezialist. *Uni, (11).*

Index

- Abendgymnasium, 7
- Abitur, 7
- ABM, 4, 15, 17, 18, 33, 35, 36, 38, 40
- Abschluß
 - Fachhochschulabschluß, 7
 - zusätzlicher, 7
- Aktivitäten
 - geschlechtsspezifisch, 42
 - politische, 9
 - studienbegleitend, 36, 40
- Alternativbereich, 5, 21
- Alternativprojekte, 9
- Antiquariat, 16
- Arbeiter, 15, 17, 18, 33
- Arbeitsamt, 4, 22, 23, 30, 36–38
- Arbeitslosenquote, 4, 31
 - Berechnungsgrundlage, 31, 32
- Arbeitslosigkeit, 28, 30, 31
 - Dauer, 36
 - Teilzeiterwerbslose, 32
 - Zugangsrisiko, 4
- Arbeitsverhältnisse
 - Absicherung, 43
 - befristet, 13, 16, 21, 34, 35, 40, 41, 44
 - Definitionsprobleme, 24
 - Instabilität, 40, 41
 - kurzfristige, 32
 - ohne Vertrag, 13, 22, 23, 28, 41, 44
 - sozialversicherungspflichtig, 44
 - unbefristet, 16, 20, 21, 34
- Arbeitszeit, 16, 35
- Archiv/Dokumentation, 11
- Archivar, 26
- Assistentenstellen, 21
- Aufbaustudium, 29, 31, 36
 - Finanzierung, 30
- Ausbildungsmotive, 31
- Ausweichstrategien, 41
- Baugewerbe, 11
- Beamte, 17, 18, 33
- Begabtenabitur, 7
- Beleuchter, 26
- Berufseinfädeler, 8, 37, 39
- Berufspläne, 10
- Berufstätigkeit
 - studienbegleitend, 9
 - vor dem Studium, 7
- Berufsvorstellungen, 6, 8, 9
- Beschäftigung, geringfügige, 5
- Betriebswirtschaftslehre, 30
- Bewerbungserfahrungen, 38
- Bildungsarbeit, 9
- Bürgerinitiativen, 9, 36, 40
- Bürohilfskraft, 27
- Darlehen, 22
- Dienstleistungen, 10, 12, 13, 16, 20, 21, 25, 27, 36–39, 41
- Diplom Voraussetzung, 19
- Diplomarbeitsthema, 42
- Diplomerwerbsjahr, 39
- Diplomnote, 42
- Dolmetscher, 11, 13, 27
- Drehtüreffekt, 41
- EDV-Bereich, 36
- EDV-Berufe, 12, 13, 19
- Erwachsenenbildung, 12, 13, 16, 19, 27, 36
- Erwerbslose, 16–18, 22, 36, 41
- Erwerbslosigkeit, 22, 23, 32, 41, 43, 44
- Erzieher, 10, 11, 16
- Etablierte
 - beruflich, 41
- Fachhochschule, 7
- Fachsemesterzahl, 20, 42
- Familienhelfer, 10, 11

Index

- Forschungsbereich, 9, 10, 12, 13, 16, 20, 21, 25, 35, 38–40
- Fortbildung, 5, 22, 23, 28–31, 36, 38, 44
Finanzierung, 31, 45
- Fortbildungsmaßnahme nach AFG, 30, 32
- Fragebogen
Mängel, 22, 32
Vergleichbarkeit, 42
- Freizeit/Infrastruktur, 12, 20, 39
- Fremdenführer, 27
- Gelegenheitsarbeiten, 11, 13, 16, 22, 24, 26, 40
- Geschäftsführer, 11, 13, 21, 34, 37
- Geschichte, 7
- Geschlechtsspezifika, 6, 13, 19, 37, 38, 42
- Gewerkschaften, 10, 12, 15, 20, 34, 39
- Grauer Arbeitsmarkt, 23
- Grauzone, 23
- Handel, 12, 20, 21, 36, 37, 39
- Handelsvertreter, 27
- Handwerk, 11
- Heilpraktiker, 11
- Hilfskräfte
studentische, 9, 24, 26, 40
- Historiker, 38
- Hochschulgremien
Mitwirkung in, 9
- Hochschulzugang, 7
- Honorarbeziehungen, 5
- Honorartätigkeiten, 11, 12, 16, 24, 26, 40, 41
- Industrie, 10, 12, 13, 15, 16, 20, 36–39
- Interviewer, 27
- Interviews, 6
- Islamwissenschaften, 30
- Jahrgangsverteilung, 19
- Journalistik, 30
- Jura, 7, 30, 38
- Juristen, 15
- Kaufmännischer Bereich, 10, 13, 19, 36, 37
- Kirche, 10, 12, 20, 39
- Kneipenjobs, 16
- Kolleg, 7
- Kontakte, 37, 38
- Kontaktnetz, 42
- Krankenpfleger, 11
- Kulturarbeiter, 11
- Kulturbereich, 19
- Lehramtsstudenten, 7
- Lehraufträge, 11, 26
- Lehre, 7, 15, 24, 26, 29, 36
- Lehrer, 15, 19
- Lehrlinge, 22
- Lektoren, 11
- Lohnersatzleistungen, 22, 28, 36, 43
- Magisterprüfung, 7
- Marketing-Berater, 27
- Marketingbereich, 11, 13, 16, 19
- Mathematik, 30
- Medien, 39
- Medienbereich, 10–13, 16, 20, 21, 25, 26, 28, 35–37, 41
Feste Freie, 27
Reisejournalist, 27
- Naturwissenschaften, 7
- Nettoeinkommen, 15, 16, 18–20, 27, 28
- Nettoeinkommens, 26
- Öffentlichkeitsarbeit, 11, 21, 37
- Organisationen
gemeinnützige, 9
- Ortswechsel, 20, 21
- Ortswechsel nach Diplom, 8
- Parteien, 12, 13, 15, 20, 34, 39
- Politikwissenschaftlicher Bezug, 19, 21, 26–28, 34–36, 42, 44

Index

- Praktikanten, 22
Praktikum, 9, 11, 24, 26, 28, 29, 36, 42
Pressestellen, 11, 13, 21
Private Dienstleistungen, *siehe* Dienstleistungen
Programmassistenten, 26
Projekte, 5, 36, 40
 bezirkliche, 19
Projektorganisation, 11
Promotion, 7, 11, 29, 31, 36, 38
Psychologen, 11
Psychologie, 30
Publizistik, 9, 38
- Rechtsanwälte, 11, 37
Referendare, 11, 15
Referendariat, 26, 36
Referenten, 10, 12, 13, 19, 34
Rotationsarbeitsmarkt, 41, 42
Rücklaufquote, 5
- Schlosser, 11
Schreiner, 11
Sekretäre, 10, 12, 13, 21, 34
Selbständige, 15, 17, 18, 33, 37
Selbsthilfeprojekte, 21
Sozialarbeiter, 21
Sozialberuflicher Bereich, 10, 12, 13, 15, 16,
 20, 25, 36, 38–41
Sozialkunde, 7
Staatsexamen, 7
Stellenanzeigen, 37, 38
Stiftungen, 12, 13, 20, 34, 39
Stipendium, 22, 29
Studiendauer, 7, 9, 20, 38
Studienfachwahl, 8
Studienfachwechsel, 7
Studienfinanzierung, 9
Studienplanung, 9
Studienschwerpunkte, 40
- Taxifahrer, 10, 13, 16, 24, 27, 36, 37
- Teilzeitarbeit, 5, 16, 21, 35
Tutorenstellen, 26
- Umschulung, 22, 36, 38
Unterbeschäftigung, 5
Unterhaltsgeld, 22
Unternehmensberatung, 11
- Verarbeitendes Gewerbe, 12, 20, 39
Verbände, 10, 12, 13, 15, 20, 21, 34, 39–41
Verbleibsformen, 22
Verlage, 11, 12, 20, 39
Verlagsvertreter, 37
Versicherung, 11
Versicherungsagenturen, 13
Verwaltungsangestellte, 10, 12, 13
Verwaltungsbereich, 10, 12, 15, 16, 20, 21,
 35, 38–41
 Bezirksarbeit, 11
Verwaltungswissenschaften, 30
Verwertungsinteresse, 8
Volkswirtschaftslehre, 30, 38
Vollzeitstellen, 16
Volontariat, 22, 24, 26, 28, 29, 36
- Weiterbildung, *siehe* Fortbildung
Werbung, 11
Werkverträge, 5, 12, 24, 26
Wissenschaftliche Mitarbeiter, 10, 11, 19, 21,
 35
- Zeitverträge, 5, 40
Zusatzqualifikationen, 29, 38
Zweiter Bildungsweg, 7